

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

4.12.1923 (No. 334)

Wesensverhältnis: 75 Goldmark. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenten abgeholt 70 Goldmark. Durch die Post bez. monatlich 8,20 auschl. Zustellgeld. Einzelverkaufpreis 15 Pf.

Am Falle höherer Gewalt bei der Redaktion keine Haftung für verspätete oder nicht eingehende Briefe. Die Verantwortlichkeit für die in den Briefen enthaltenen Meinungen kann nur dem Verfasser bis zum 25. d. d. Monats abgemessen werden.

Redaktion: Hermann v. Loeper, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für das wirtschaftliche, badische und lokale Teil: Heinrich Gerhardt; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper.

120. Jahrg.

Badische Morgenzeitung

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Redaktion: Hermann v. Loeper, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für das wirtschaftliche, badische und lokale Teil: Heinrich Gerhardt; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper.

120. Jahrg.

Badische Morgenzeitung

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Redaktion: Hermann v. Loeper, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für das wirtschaftliche, badische und lokale Teil: Heinrich Gerhardt; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper.

120. Jahrg.

Badische Morgenzeitung

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Redaktion: Hermann v. Loeper, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für das wirtschaftliche, badische und lokale Teil: Heinrich Gerhardt; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper.

120. Jahrg.

Badische Morgenzeitung

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Redaktion: Hermann v. Loeper, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für das wirtschaftliche, badische und lokale Teil: Heinrich Gerhardt; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper.

120. Jahrg.

Badische Morgenzeitung

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Redaktion: Hermann v. Loeper, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für das wirtschaftliche, badische und lokale Teil: Heinrich Gerhardt; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper.

120. Jahrg.

Badische Morgenzeitung

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Redaktion: Hermann v. Loeper, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für das wirtschaftliche, badische und lokale Teil: Heinrich Gerhardt; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper.

120. Jahrg.

Badische Morgenzeitung

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Redaktion: Hermann v. Loeper, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für das wirtschaftliche, badische und lokale Teil: Heinrich Gerhardt; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper.

120. Jahrg.

Badische Morgenzeitung

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Redaktion: Hermann v. Loeper, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für das wirtschaftliche, badische und lokale Teil: Heinrich Gerhardt; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper.

120. Jahrg.

Badische Morgenzeitung

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Redaktion: Hermann v. Loeper, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für das wirtschaftliche, badische und lokale Teil: Heinrich Gerhardt; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper; für die "Pyramide" Karl v. Loeper.

120. Jahrg.

Badische Morgenzeitung

Karlsruher Tagblatt

Mit der Wochenchrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Dienstag, den 4. Dezember 1923

Ar. 334

Das neue Ermächtigungsgesetz.

Berlin, 3. Dez. (Drahtbericht.) Nach dem Vorwärt hat das neue Ermächtigungsgesetz, das die Reichsregierung dem Reichstag unterbreiten wird, folgenden Wortlaut:

1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Ein Abweichen von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind anzuwenden, wenn der Reichstag dies in zwei Abkammungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muß, verlangt.

2. Dieses Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

Auflösung des Reichstags?

Von unserer Berliner Redaktion wird uns gemeldet: Die Regierungserklärung, die der neue Kanzler Dienstag nachmittag um 3 Uhr im Reichstag abgegeben wird, kann vielleicht schon wieder eine innerpolitische Krise herbeiführen. Man hat bis gestern in parlamentarischen Kreisen allgemein angenommen, daß sich die Regierung Marx mit einem Vertrauensvotum des Reichstags und mit der Annahme eines sog. kleinen Ermächtigungsgesetzes, für das einfache Majorität genügt, zufrieden geben wolle. In diesem Gesetz sollte ursprünglich der neuen Regierung der Vollmacht zur Regelung wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben in einer Form gegeben werden, die eine Änderung der Verfassung oder auch nur negativ die Aufhebung von erlassenen Verordnungen verbietet. Inzwischen ist aber am Sonntag im Kabinett der Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes festgelegt worden, und die verfassungsmäßige Frage, ob das Ermächtigungsgesetz einen verfassungsmäßigen Charakter trägt, ist der Zweidrittelmehrheit bedarf, ist geprüft worden. (Der Wortlaut des Gesetzes findet sich an anderer Stelle dieser Seite.)

Auch der zweite Paragraph des Gesetzes wird nicht daran ändern, daß es sich bei Einbringung und Annahme des Gesetzes um eine Änderung der Verfassung handelt, deswegen, weil die Reichsverfassung in keinem Artikel vorbestimmt, daß die Reichsregierung außerordentliche Maßnahmen treffen kann. Diese Ermächtigung gibt die Reichsverfassung nur dem Reichspräsidenten. Unter diesen Umständen hat die Regierung sich verfassungsmäßig die Mehrheit, also die Zweidrittelmehrheit für das Ermächtigungsgesetz zu sichern. Das bedeutet: es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der Reichstag die Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz verweigert, wodurch die Auflösung des Reichstags unmittelbar vor der Tür stünde. Der Reichskanzler Marx hat bei der Bildung seines Kabinetts ausdrücklich die Ermächtigung erhalten, den Reichstag aufzulösen, wenn das Ermächtigungsgesetz nicht angenommen würde.

Bei der Zustimmung kommt es auf die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten an. Die Haltung der Deutschnationalen ist ungewiß, aber wahrscheinlich ablehnend. Die Stellungnahme der Sozialdemokraten ist noch zweifelhaft. Vielleicht kann man aus dem Kommentar, den der „Vorwärts“ dem Ermächtigungsgesetz hinzufügt, die Möglichkeit lesen, das Gesetz zu schlucken — nicht aus Neigung, sondern event. Diktat einer äußerlichen Regierung unterwerfen zu müssen, sondern aus Abneigung gegen Reichstagsauflösung und Neuwahlen.

Die Parteiführer beim Reichskanzler. Berlin, 3. Dez. (Eig. Drahtber.) Der Reichskanzler empfing heute die Führer der Deutschnationalen, der Sozialdemokraten und der Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Es ist naheliegend, daß die Vorbereitung eine Klärung der Lage vor der Abstimmung über die Regierungserklärung zum Gegenstand hatte.

Die Arbeitszeit.

Essen, 3. Dez. (Eig. Drahtber.) Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und Industrie wegen der Wiedereinführung der gebüh-

rendigen Arbeitszeit sind gescheitert, da die Vertreter der Metallarbeiterverbände erklären, am Nachmittags festhalten zu müssen. Auch die Verhandlungen der Arbeitnehmervertreter mit der Firma Krupp sind aus dem gleichen Grunde abgebrochen worden.

Poincarés Untersuchungsausschüsse.

London, 3. Dez. (Drahtber.) Auf Anregung Poincarés hat, wie bereits bekannt, die Reparationskommission zwei Ausschüsse gebildet mit dem beiderseitigen Auftrag, die deutsche Zahlungsfähigkeit und die Möglichkeiten einer finanziellen Sanierung Deutschlands zu untersuchen. Poincaré will durch Bildung dieser Untersuchungsausschüsse den ungünstigen Eindruck mildern, der in Amerika und in England entstanden ist, als die englischen Vorschläge zur Bildung von Untersuchungsausschüssen an dem Vizepräsidenten Frankreich gescheitert sind. Die Amerikaner haben seinerzeit den Eintritt in die Untersuchungsausschüsse abgelehnt, mit der offenen Erklärung, daß sie keine Lust haben, sich irgendwie durch Vorschriften der französischen Ministerpräsidenten beugen zu lassen. Trotz dieser Abjahnung hat Poincaré die Courage, die Amerikaner zum Eintritt in die neuen Untersuchungsausschüsse einzuladen, trotzdem es feststeht, daß Poincaré auch den neuen Ausschüssen keine selbständige Entscheidung zubilligt. Was bis jetzt über die Antwort Amerikas an Poincaré bekannt geworden ist, bedeutet eine neue Ablehnung der offiziellen Teilnahme. Ob nun die Ausschüsse doch ihre Tätigkeit ohne die Amerikaner beginnen, oder ob nun nach Ablehnung Amerikas auch die Engländer die Lust verloren haben, ist noch nicht bekannt. In England hat man zu den neuen Untersuchungsausschüssen die Zustimmung gegeben, offenbar in der stillen Hoffnung, daß die Amerikaner doch beikommen.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, eine hohe Autorität habe ihm mitgeteilt, daß, wenn nicht Sicherheit über Amerikas Mitwirkung bestehe, es zweifelhaft sei, ob die von der Reparationskommission beschlossenen Ausschüsse ernannt werden. Es würde nur Zeitverschwendung sein, wenn die Ergebnisse nicht entscheidend wären. Es heiße nun, daß Ausfertigungen gemacht würden, um die Mitwirkung Amerikas zu erreichen, bevor die Angelegenheit weiter getrieben würde.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ schreibt, die amerikanische Regierung habe die informelle Einladung der Reparationskommission, Mitglieder für die von ihr ernannten Ausschüsse zu ernennen, wieder angenommen, noch verworfen. Der Times-Berichterstatter nennt es im voraus sicher, daß die Vereinigten Staaten heute nicht geneigter sein dürften, als vor einem Jahr, sich einer Reparationsuntersuchung anzuschließen, die keinerlei wesentliche Ergebnisse verspreche.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ hat es für wünschenswert, gewisse Irrtümer über die Revidierung der Sachverständigenausschüsse richtig zu stellen. Die diesen Ausschüssen zugewiesenen Funktionen seien offenbar verwechselt worden mit denen der von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und auch den anderen Alliierten, ausgenommen Frankreich, vorgeschlagenen Kommission. Die jetzt in Aussicht genommenen Ausschüsse hätten keine derartig umfassenden Ziele. Die Hauptfrage, die der Legation der Ruhr befreit, sei durch gemeinsame Zustimmung für den Augenblick beiseitegestellt worden, obgleich sie doch von neuem aufgeworfen werden müßte, und zwar ziemlich bald angesichts des von der deutschen Regierung bei der Kommission erhobenen Protestes. Der Ausschuss, der die geeigneten Mittel für den Ausgleich des deutschen Budgets und die Stabilisierung der deutschen Währung festzustellen habe, werde Vorschläge machen: 1. über die Dauer und die Vorbedingungen des Moratoriums, das der deutschen Regierung gewährt werden solle; 2. über die etwaige Notwendigkeit und die etwaigen Bedingungen für eine Stabilisierungsanleihe; 3. über die Gestalt der Überwachung der deutschen Finanzen durch das Ausland.

Dem Berichterstatter zufolge ist einerseits ein großer Teil der Vorarbeiten bereits von den britischen und neutralen Sachverständigen geleistet, die Berlin auf Einladung der deutschen Regierung 1922 beauftragt haben. Andererseits aber hat sich selbst die Finanzlage Deutschlands derart verschlechtert, daß einige vollkommen neue Faktoren berücksichtigt werden müßten.

Der Berichterstatter schreibt weiter über die Auswahl der Sachverständigen, Paris habe auf dem Ausschuss sowohl deutscher

als neutraler Sachverständiger bestanden. England sei der Ansicht, daß der Ausschuss der letzteren die schwierigere Aufgabe des Komitees zur Untersuchung der deutschen Kapitalflucht vermehre. Die neutralen Regierungen und Deutschland würden sich sicherlich nicht bereit erklären, den alliierten Untersuchungen irgendwelche Erleichterungen zu gewähren. Dasselbe gelte von Amerika. Es sei nicht ganz klar, ob die Ansichten der verschiedenen Alliierten bezüglich des Charakters der Sachverständigen augenblicklich übereinstimmen. In England sei man für die Ernennung von Männern von hervorragender Bedeutung und Vantiers von hervorragender Bedeutung. In Frankreich scheine man jedoch zu glauben, daß die Ernennung derartiger Männer dem Ausschuss übertriebene Bedeutung und Autorität verleihen würde. Paris und London stimmten andererseits darin überein, daß die aktive Mitwirkung Amerikas in beiden Ausschüssen eine fast wesentliche Bedingung für den Erfolg ihrer Arbeiten sein werde. Leider sei die Haltung Washingtons auf die Vorschläge keineswegs günstig. In einigen amerikanischen Kreisen sei sogar Ueberzeugung und Bedauern darüber ausgedrückt worden, daß die Alliierten sich mit einem Verurteilen um die Frage begnügen. Amerika würde sich für eine wirkliche Lösung interessieren und bereit sein, dabei mitzuwirken, habe jedoch keinen Wunsch, sich nur mit zeitweiligen und technischen Vorbehalten zu befassen. Ohne Amerika aber würde der geplante Untersuchungsausschuss die Autorität des unparteilichen Vorsitzenden fehlen.

Ein Nachkriegsbrauch schlimmer Art.

Berlin, 3. Dez. Am 26. November hat der Vertreter der belgischen Regierung in Duisburg rollendes Eisenbahnmateriale beschlagnahmt, das zur Ablieferung an die deutsche Reichsbahnverwaltung bereit stand. Die Beschlagnahme geschah mit der Begründung, daß Belgien sich auf diese Weise die Buße verschaffen müsse, die Deutschland für die Ermordung des belgischen Leutnants Graf zahlen sollte, aber nicht bezahlt habe. Die deutsche Regierung hat in Brüssel ein Schreiben übergeben, in welchem gegen die Beschlagnahme des in Duisburg beschlagnahmten Eisenbahnmateriale protestiert wird. Die deutsche Regierung behauptet, sie habe die belgische Regierung ihre Macht im besetzten Gebiet missbraucht, anstatt diese reine Rechtsfrage entsprechend dem Vorschlage der deutschen Regierung dem internationalen Schiedsgericht im Haag zu unterbreiten, der die berufene Instanz für die unparteiliche und gerechte Erledigung der Angelegenheit gewesen wäre. Die Note stellt ferner fest, daß die belgische Regierung für die Erledigung des deutschen Polizeibeamten Gmielewski, die mit dem Fall Graf zusammenhängt, noch nicht die geringste Entscheidung geschah habe.

Der französische Kriegsgefangene im Mannheimer Schloß.

Mannheim, 3. Dez. In einer anscheinend halbamtlichen Note, die dieser Tage durch die französische Presse verbreitet wurde, wurde die Behauptung aufgestellt, die französischen Truppen hätten bei der Besetzung des Schloßes Mannheim einen französischen Kriegsgefangenen befreit, der seit mehr als 6 Jahren in „geheimer Haft“ gehalten worden sei. Auf die diesbezügliche Anfrage eines französischen Depurieren an den Ministerpräsidenten Poincaré erklärte dieser, daß im Mannheimer Gefängnis bei der Besetzung durch die französischen Truppen am 20. September sich kein französischer Gefangener befunden habe.

Ermächtigung der Grundpreise?

Berlin, 3. Dez. (Eig. Drahtber.) Heute vormittag fand in der Berliner Preisprüfungsstelle eine Besprechung zwischen dem Vertreter des Preisprüfungsamtes einerseits und Vertretern des Groß- und Einzelhandels andererseits statt. Gegenstand der Besprechung war die Frage der Verbefähigung der Rabatte und des allgemeinen Preisabbaues. Im Laufe der Aussprache wurde ein allgemeiner Abbau der Goldgrundpreise im Handel angefragt. Dabei werden die Rabatte bei wertbeständigen Zahlungen im Vorfall kommen. Im Lebensmittelhandel soll morgen eine allgemeine Ermächtigung der Grundpreise eintreten und zwar zunächst um etwa 10 bis 12 Prozent.

Baden und das Reich.

Nicht Partikularismus hat mich bei Abfassung der Denkschrift geleitet, sondern die Liebe zur badischen Heimat, aber auch die Sorge um die Aufrechterhaltung der Freiheit des Reiches. Mit diesen Worten begründet der Präsident des badischen Landtags, Abg. Dr. Baumgartner die Abfassung einer Schrift, die sich mit dem so viel umstrittenen Verhältnis zwischen dem Reich und den einzelnen deutschen Staaten beschäftigt. In der Tat, sagt Herr Baumgartner mit Recht, daß die Sorge um die Einheit des Reiches dazu zwingt, dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Wir haben an dieser Stelle schon seit langem und gar oft darauf hingewiesen, daß wir uns von Berlin aus nicht das Recht nehmen lassen dürfen, hier im badischen Land nach unserer Art eine gute Deutsche zu sein. Wir haben schon immer mit größter Sorge die Verträge der Berliner Zentralregierung verfolgt, die Sonderrechte der Einzelstaaten mehr und mehr einzuziehen, und die unglücklichen parteipolitischen Machterhältnisse des Reichstags auf das ganze Reich auszuweiten. Das mußte ein falsches Ende nehmen. Die Haltung Berlins, die besonders in den süd-deutschen Staaten schwere Sorgen bereitet hat und noch bereitet, ist auch an der Einwirkung im besetzten Gebiet nicht unschuldig. Wenn Berlin den Tatsachen am Rhein zur rechten Zeit Rechnung getragen hätte, so müßte heute nicht unter Zwang und im unglücklichen Augenblick das Unvermeidliche getan werden. Die letzten fünf Jahre, die uns ja um so mancher Erfahrung bereichert haben, haben uns auch den Beweis gebracht, daß die jetzige Regelung der Rechte zwischen Reich und Länder für keinen Teil zum Vorteil ist. Das Unglücksjahr 1919, das so zahlreich an Irriklern ist, hat auch zu der irigen Meinung verführt, daß es am besten sei, für Deutschlands Zukunft, wenn alle Macht und Herrlichkeit in Berlin vereinigt ist. Es hat zwar nicht an warnenden Stimmen gerade aus Süddeutschland gefehlt. — Die Denkschrift des Abg. Baumgartner gibt Beweise dafür — aber in der allgemeinen Verwirrung fanden die Warner kein Gehör und das Schicksal nahm seinen Lauf. Schon nach einem Jahr, im Jahre 1920 als Bayern offen von der Berliner Parole abwich, zeigte es sich, daß die Weimarer Verfassung mit ihren Bestimmungen über die Rechte von Reich und von Ländern uns nicht auf den Weg geführt hat. Die Gegenfälle zwischen Berlin und den Ländern haben sich seitdem immer mehr verschärft und sie haben sich jetzt so angespitzt, daß eine Änderung baldig eintreten muß, und wenn die Berliner Reichsregierung über Versprechungen nicht hinaus kommt, dann werden eben die einzelnen Länder in irgend einer Form selbst vorgehen müssen. Wie war es denkbar als in diesen Tagen des elendesten Parteistrawars in Berlin, wie notwendig es ist, daß die Einzelländer die Möglichkeiten haben, die ruhige Einwirkung und die besonnene Haltung ihrer Bevölkerung von dem Einfluß der Unauferlässlichkeit und Unstetigkeit der Berliner Politik freizubehalten. Für uns hier in Baden ist der Berliner Strömung, gelinde gesagt, aufs höchste un sympathisch und das Badische Volk wird es billigen, wenn seine Regierung ihre erste Pflicht darin sieht, ihren Weg, den sie für richtig hält, weiter zu gehen.

Das badische Land hat die Wünsche auf Respektierung seiner Eigenart nie nach Art des bayerischen Volkes zum Ausdruck gebracht. Jeder nach seiner Fasson. Die Wünsche sind bei uns trotzdem sehr lebendig und die Denkschrift, die Herr Baumgartner nun dem Landtag vorgelegt hat, zeigt, daß wir hier in Baden auch sehr genau wissen, was wir wollen. Es ist alte Tradition des Zentrums, daß es für die Erhaltung der Rechte des Landes eintritt. In den letzten fünf Jahren schien es manchmal, als ob es einer anderen Politik geneigt. Die Denkschrift des Präsidenten Baumgartner, der zu den Führern des badischen Zentrums zählt, läßt jedoch den erfreulichen Schluss zu, daß die Zentrumspartei an ihrer alten Tradition festhalten will. Wir glauben, daß das, was in dieser Denkschrift Baumgartners zum Ausdruck kommt, der bestimmte Wunsch nach Rückgabe alter Rechte, die uns zum Nutzen waren, auch der Auffassung der anderen Parteien im Lande entspricht, mit Ausnahme vielleicht der Sozialdemokratie. Aber auch dort scheint die Sympathie für Berlin stark abgenommen zu sein. Der Karlsruher Volksfreund sprach vor kurzer Zeit sogar von einer Reichsmündigkeit in Baden, ein Ausdruck, der zu viel an Perfimismus enthält. Aber es wäre falsch zu verschweigen, daß die Hoffnung auf Befreiung durch die Politik Berlins fast nirgends mehr zu finden ist. Es ist bedauerlich das feststellen zu müssen, aber es ist besser, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen.

Die Auffassung gewinnt an Raum, daß die Länder selbst den Hauptteil an der Wiederverfestigung geordneter Verhältnisse übernehmen müssen, um zu verhindern, daß das Vertrauen

Anzeigenberechnung nach Grund- und Schlüsselsatz: Grundzahl für die Anzeigen: Sonntagsbeilage oder deren Raum 200, auswärts 240, Familienanzeigen und Stellenanzeigen 100, Restbeilage 500, an erster Stelle 650, Schlüsselsatz 1 400 000 000, Abat nach Tarif: Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle Mittelstraße 1, Fernsprechanzeige 1, Geschäftsstelle Nr. 15, Berlin Nr. 21 und 297, Schriftleitung Nr. 20, Geschäftsführer Nr. 19, Postfachkonto Nr. 9547, Karlsruhe.

gegen Berlin schließlich zur offenen Abkehr führt. Und die Zeit drängt. Was die Länder heute brauchen, und sehr bald brauchen, ist eine größere Unabhängigkeit gegenüber Berlin, ist eine Bewegungsfreiheit, die es den Regierungen der einzelnen Länder ermöglicht, alle Maßnahmen zur Wiedergewinnung der besonderen Art von Land und Leuten anzupassen, um in den bestmöglichen Erfolg zu erzielen. Was vom badischen Standpunkt aus unter dieser Bewegungsfreiheit zu verstehen ist, damit beschäftigt sich die Denkschrift des Präsidenten Baumgartner. Wir werden noch auf Einzelheiten zu sprechen kommen. Die Lösung der Frage des Rechtsverhältnisses muß nun schon deswegen in raschem Fluß kommen, weil die Entwicklung im Westen, im Rhein-Ruhrgebiet, wo ein neues nationales Gebilde im Entstehen ist, auch die Stellung der anderen deutschen Länder stark beeinflusst.

Strefemann als Diktator empfohlen.

Wir lesen in der „Deutschen Bergwerksztg.“: „Wir wissen, daß wir keinen Bismarck haben; es ist in den fünf vergangenen Jahren auch keiner aus der Menge aufgetaucht, der halbwegs dieses Kaisers wäre. Karrieraturen wie Herr v. Rahr in München sind doch bloß ein Bohm auf die Diktatur. Wir müssen vorlieb nehmen. Es läßt sich nicht leugnen, daß Strefemann Poincaré gegenüber Erfolge gehabt hat. Es wäre töricht, sie anzuspotten oder in das Horn zu blasen. Aber die beiden letzten Noten, mit denen wir von Paris aus bedacht worden sind, die Kronprinzennote und die über die militärische Unterwerfung sind zweifellos Fortschritte. Die Sprache, die jetzt in England geführt wird, ist ebenfalls ein Fortschritt. In der nächsten Woche treten in England vielleicht Ereignisse ein, die einen weiteren Fortschritt bedeuten. Viel ist allerdings nicht mehr zu retten. Man hat viel verloren, zum größten Teil durch unsere Fehler. Da sehen wir keinen anderen Weg, als einen Mann, am besten vielleicht Strefemann, mit jenen Vollmachten auszustatten, und ihn zusammen mit dem Reichspräsidenten verantwortlich handeln zu lassen. Wir müssen ihn für eine Zeitlang vom Reichstag und dem entsetzlichen Parteienflügel freimachen. Auch die „Führer“, der Auswärtige oder sonstige Auswärtige sollen ihm nicht hineinreden haben. Wir müssen alle unsere in normalen Zeiten wohl begründeten Bedenken gegen den Mann oder gegen dieses System zurückstellen. Jetzt ist die Zeit des S. D. S., des Safe Our Souls, des Signals, das das Schiff noch hinausführt über die Wogen des Ozeans, wenn das Wasser dem Telegraphen hoch oben in seiner Kasse schon an der Reiche steht. Es hat auch keinen Zweck, zu freieren, ob ein Befreier da wäre. Es gibt keinen. Während wir diesen Streik ausfechten, sind die Wogen schon über uns zusammenzuschlagen. Das ist unter Vorbehalt in letzter Stunde. Wer einen besseren weis, möge ihn sagen — ehe es zu spät ist. Das neue Kabinett Marx ist doch offenbar keine Lösung, sondern bedeutet das Fortwärteln wie bisher.“

Die Goldgehälter der Beamten.

Die Verhandlungen der Finanzverwaltung mit den Beamtenorganisationen über die neue Regelung der Gehälter auf Goldbasis sind noch nicht beendet. Nach dem von der Regierung vorgelegten Entwurf sollen die Jahresgehälter in den einzelnen Befoldungsgruppen betragen: I 540—762 Goldmark, II 630—840 Goldmark, III 696—930 Goldmark, IV 804—1074 Goldmark, V 942—1254 Goldmark, VI 1122—1494 Goldmark, VII 1380—1860 Goldmark, VIII 1620—2160 Goldmark, IX 1890—2550 Goldmark, X 2250—3000 Goldmark, XI 2160—2880 Goldmark, XII 3060 bis 4080 Goldmark, XIII 3750—4950 Goldmark. Hier zu kommen an jährlichen Ortszuschlägen: Orts-

klasse A 120—300 Goldmark, Ortsklasse B 120 bis 252 Goldmark, Ortsklasse C 84—216 Goldmark, Ortsklasse D 72—186 Goldmark, Ortsklasse E 60—150 Goldmark.

Die jährlichen Frauenzulagen sollen 84 Goldmark betragen, die Kinderzulagen je nach dem Alter der Kinder 132, 150 oder 168 Goldmark jährlich.

Ueber die Absichten der Finanzverwaltung hat sich der Finanzminister auf eine Anfrage im Reichstag hin wie folgt geäußert:

„Die Verhandlungen über die Festsetzung der Goldlöhne für die Arbeiter sind abgeschlossen. Im Anschluß hieran sind die Vorarbeiten für die Festsetzung von Goldgehältern für die Beamten im Gange. Es ist beabsichtigt, den Beamten, Pensionären und ihren Hinterbliebenen die Bezüge in voller Höhe in wertbeständigen Zahlungsmitteln zu zahlen, sobald solche dem Reich in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Die vierteljährliche Vorauszahlung der Beamtengehälter soll sobald wie möglich wieder durchgeführt werden, wenn die mährungs- und finanzpolitischen Verhältnisse im Reich derart befriedigt sein werden, daß die Gründe, die zu der Aufhebung dieser Vorauszahlungen geführt hatten, nicht mehr vorliegen. Bei der derzeitigen Finanzlage des Reiches war es bisher nicht möglich, die Bezüge der Beamten, Pensionäre und Hinterbliebenen in einem bestimmten gleichbleibenden Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten festzusetzen. Nach der bevorstehenden Festsetzung dieser Beträge in Gold wird jedoch ein im wesentlichen unveränderliches Verhältnis zwischen ihnen und den Kosten der Lebenshaltung entstehen.“

Wo bleibt der Abbau der Parlamente?

Im Reichstag scheint man endlich eingesehen zu haben, daß die Sparmaßnahme nicht bei dem Reichstage Halt machen kann, wenn alle anderen Institutionen, die auf Staatskosten ihr Dasein fristen, dem Abbau unterworfen werden. Das gilt selbstverständlich auch für alle anderen deutschen Parlamente, an denen wir ja reichlich Ueberfluß haben. Die Einsicht hat aber bisher noch keine Taten im Gefolge gehabt, sondern man hat beschloffen, den guten Vorlass fürs Erie wieder einmal ad acta zu legen. Hier wird er aber nicht in Vergeßlichkeit geraten dürfen. Der Reichstag und die übrigen deutschen Parlamente haben im Vergleich zu früheren Zeiten sehr viel an Bedeutung verloren, trotzdem wir heute das parlamentarische System haben. Denn in sehr vielen Fällen haben nicht die Parlamente die Entscheidung, sondern, leider Gottes, die Exekutive, oder aber der Zwang der Verhältnisse gibt den Ausschlag. Unter diesen Umständen müssen die Parlamente unbedingt dazu übergeben, persönliche Ausgaben zu ersparen. Dazu gehört in erster Linie die Ausgabe an Tagesgeltern, die ganz erheblich gespart werden kann, wenn man die Zahl der Abgeordneten vermindert. Ferner sollte man endlich damit aufhören, den zuweilen unendlich seltsamen Nebelzug in den stenographischen Protokollen aufzumachen. Wenn etwas nicht verdient der Nachwelt erhalten zu bleiben, so sind es die parlamentarischen Durchschnitte. Man mache also endlich ernst mit dem Abbau der Parlamente.

Schieberverkehr nach dem Westen.

Alle Fraktionen des Reichstages haben wegen der unerträglichen Zustände in den Schnellzügen der nach Westen führenden Eisenbahnlinien eine Anfrage an die Regierung gerichtet und um Abhilfe erucht. In der Anfrage heißt es unter anderem:

Infolge der verschiedenen Bewertung des Dollars hat sich wieder ein lebhafter Schieberverkehr, namentlich von Ausländern, entwickelt. Diese nehmen mit ihrem weltlichen Anhang namentlich die Abteile erster Klasse in Anspruch, zum Teil, wie festgelegt ist, auch mit Fahrkarten niederer Wagenklassen, und es kommt vor, daß solche Ausländerabteile, auch wenn noch

Plätze frei sind, vom Zugpersonal als besetzt bezeichnet und deutsche Fahrgäste so zum Stehen in den Gängen genötigt werden. Auch die bahnpolizeilichen Bestimmungen über das Rauchverbot werden Ausländern gegenüber vielfach nicht durchgeführt. Beschwerden des deutschen Reiseverkehrs über diese Zustände fanden häufig beim Zugpersonal keine Unterfertigung, sondern stießen auf Ablehnung, ja auf drohende Haltung. Wer fährt außer Abgordneten und Schiefern heute noch erster Klasse?

Unter dem Zwang zum Sparen.

Berlin, 3. Dez. Der preussische Staatsrat hat einen Antrag angenommen, in dem das Staatsministerium ersucht wird, unverzüglich die staatliche Geleitzgebung soweit abzubauen, als die durch sie herbeigeführten Ausgaben durch die Einnahmen des Staates und der Selbstverwaltungskörper nicht mehr gedeckt werden können und zwar in den dringenden Fällen durch eine Notverordnung. Durch eine Notverordnung müsse insbesondere die Kündigung des im Staat und den Selbstverwaltungskörpern überzähligen Personals mit monatlicher Frist ermöglicht werden. In gleicher Weise sei auf den Abbau der Reichsgeleitzgebung hinzuwirken.

Der Bankrott der Staatsetriebe.

Dresden, 3. Dez. (Drahtbericht.) Die Regierung beabsichtigt, die staatlichen Kohlenwerke und Elektrizitätswerke in eine Aktiengesellschaft unter der Bezeichnung Aktiengesellschaft Sächsische Werke umzuwandeln. Die Zustimmung des Landtags hierzu wird durch ein besonderes Gesetz sofort eingeholt werden. Dagegen sollen die übrigen bestehenden Staatsetriebe, die Hüttenwerke, das Bauarbeitenwerk, die Porzellanmanufaktur und das Kalkwerk als reine Staatsetriebe erhalten bleiben und wie bisher weiter betrieblacht werden.

Die Folgen einer Demonstration.

Frankfurt, 23. Nov. Am 23. Juli fand hier eine Demonstration statt, die gemeinsam von Sozialisten und Kommunisten veranstaltet wurde. Es kam zu Zusammenstößen, dabei wurde der völlig unbeteiligte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Saas getötet. Die Täter und Mittäter konnten festgenommen werden. Sie fanden gegen vor Gericht. Wegen Landfriedensbruchs bezw. Totschlags wurden der Bauarbeiter Hermann Konrad zu 8 Jahren Zuchthaus, der Hausmeister Julius Born zu 4 Jahren Zuchthaus, der Fabrikarbeiter Heinrich Fritsch ebenfalls zu 4 Jahren Zuchthaus und der Hausmeister Karl Bräuning zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 2 bis 4 Jahren.

Versehrte Drabimelungen.

Abbau bei den Sonderbündlern.

v. Bonn, 3. Dez. (Drahtber.) Auf Anordnung der Besatzungsbehörde wurde heute die Fahne der Sonderbündler vom Rathaus heruntergeholt. Die Sonderbündler verlegten darauf ihre Geschäftsräume in das Haus eines ihrer Mitglieder. Auch in Königswinter, Godesberg und anderen Orten wurden die Sonderbündler vom Rathaus entfernt und ihre Fahnen eingezogen.

Faschismus und Antisemitismus.

Rom, 3. Dez. Nach der „Agenzia Stefani“ hat Mussolini den Oberabbinder von Rom, Scacarioti, empfangen. Mussolini betonte ihm gegenüber, die italienische Regierung und der italienische Faschismus hätte niemals beabsichtigt, eine antilettische Politik zu verfolgen und verfolge auch heute keine solche Politik. Er behaupte, daß antisemitische Parteien im Auslande für ihre Zwecke das Ansehen auszunutzen suchten, das der Faschismus in der Welt genieße.

Die Einwanderung nach Amerika.

Paris, 3. Dez. (Drahtbericht.) Wie der „New York Herald“ aus New York meldet, sind vor-

gestern in neun Dampfern 6572 Passagiere angekommen, wovon achtzig Prozent Einwanderer waren. Weitere Deutsche, Italiener und Polen sind gestern morgen mit der „Aquitania“ und der „Gaula“ eingetroffen. Voraussichtlich wird im Laufe dieser Woche die italienische Einwanderungsquote vollständig sein werden. Auch die polnische ist nahezu vollständig. Dagegen wird angenommen, daß die russischen Deutschen und Schweden für das bis zum 1. Juli reichende Verwaltungsjahr ihre Quote nicht vor Mitte Juni erreichen werden.

Die Wiederaufbaukosten in Japan.

Paris, 3. Dez. (Drahtber.) Savas meldet aus Tokio: 25 Feuerversicherungsgesellschaften erklären sich bereit, mit Unterstützung der Regierung 10 Prozent der Beträge zu zahlen, die nach dem Erdbeben verlangt wurden. Zur Laufzeit der nächsten parlamentarischen Sondersitzung soll die Regierung einen Gesetzentwurf einbringen, in dem den Versicherungsgesellschaften 100 Millionen Yen zur Verfügung gestellt werden. Nach den offiziellen Schätzungen werden die Gesamtkosten für den Wiederaufbau sich auf 400 Millionen Yen belaufen, davon 400 Millionen für Tokio und 40 für Yokohama.

Bruch einer Eisperremanier.

600 Menschen in den Fluten untermommen.

Bergamo, 3. Dez. Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage war der Spiegel des künstlichen Glens-Sees, der als Reservoir für elektrische Zentralen dient, außerordentlich hoch gestiegen, wodurch ein Dambruch hervorgerufen wurde. Eine Wassermenge von 100 Millionen Kubikmeter füllte das Tal und überschwemmte drei Dörfer, nämlich Dezzo, Gombio und Corna. Es sind ungefähr 600 Opfer zu flügen, von denen bisher nur 37 geborgen sind. Der Schaden beläuft sich auf einige hundert Millionen Lire. Auch viel Vieh ist in den Fluten untermommen. Die Verbindungen sind gebrochen. Die Behörden von Bergamo und Brescia haben sich an den Ort der Katastrophe begeben. Minister für die öffentlichen Arbeiten und der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium sind gleichfalls an Ort und Stelle eingetroffen. Am 3. Dez. hat sich in Begleitung des Unterstaatssekretärs Finzi nach dem Ort der Überschwemmungskatastrophe begeben.

Schweden gegen Versailles.

Die bekannte schwedische Zeitung „Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning“ veröffentlicht am 7. November einen Leitartikel unter der Überschrift: „Das Verfall der Völkerrfreiheit.“ Hierin wird das atroke Unrecht, das Deutschland durch die neuen Grenzen angetan ist, dargestellt. Es wird gesagt, daß Millionen von Deutschen der „Seemannen“ der völkerrfreiheit teilhaftig geworden seien und daß auch die deutsche Bevölkerung Elend-Verhältnisse keine Rücksicht genommen sei. Dort werde die Verwaltung und bei den Gerichtsverhandlungen die deutsche Sprache von den französischen verdrängt. Die Kinder müßten ihre deutsche Mundart verlassen und in den Schulen französisch sprechen. In Schweden würden 130 000 Deutsche durch Italien unterdrückt, während der italienische König das heilige Verbot gebrochen habe, daß die Sprache und die kulturellen Einrichtungen den Südländern erhalten bleiben sollten. 400 deutsche Völkerrfrei seien dort jetzt zum Unterraum verurteilt, und das Volk Andreas Hofer müsse eine fremde Sprache reden. Aber trotzdem werde der alte Barbarossa noch einmal an seinem vierhundertjährigen Schlummer erweckt. Er werde durch fremde Sprachen reden müßten. Trotz aller französischen, polnischen und sibirischen Kampfen, trotz Hunger und Armut werde doch einmal der Tag kommen, da deutsche Kriegesgefangene wieder fliegen vom Rhein zur Weichsel und von der Dnieper bis zu den Alpen.

Theater und Musik

Badisches Landestheater.

„Die Bohème.“ Neueinstudiert ging am Sonntag bei nur schwach besetztem Hause „Die Bohème“ in Szene. Man hatte dem immer wirkungsvollen, die Sänger vor dankbare Aufgaben stellenden Puccini-Werk viel Sorgfalt angedeihen lassen und eine musikalisch wie darstellerisch geschlossene, gehaltvolle Wiedergabe erzielt. Diesmal dirigierte Operndirektor Fritz Corto Lezi die Oper. Er verstand es, die vielen musikalischen Feinheiten der klängefülligen Musik herauszustellen, erfreulicherweise ohne daß dadurch deren leidenschaftlicher Rhythmus gemindert wurde. Dieser war auch an der Bühne festzustellen, wo Oberregisseur Carl Stang bei den Darstellern ein sehr eindringliches, von starker Stimmung getragenes Spiel erreicht hatte. Die Münt gehört zu den besten Rollen von Hete Stecher. Ihre eble, zu Herzen dringende Stimme kommt dieser Partie aufs Beste entgegen; das anmutvolle, innige Spiel war in der Tierbeziehung von erschütternder Ausdruckskraft. Ein Wagnis mochte es zuerst erscheinen, die nicht leichte Rolle der Musketier der noch jugendlichen Senta Joesch anzuvertrauen. Doch löste die zweifelslos sehr talentierte Sängerin die Aufgabe mit überraschender Sicherheit und Bühnengewandtheit. Das bewegliche, farpridige Spiel und der langfristige Gehang verbanden sich zu einer ausgezeichneten Leistung, die der weiteren Entwicklung der jungen Künstlerin mit Interesse entgegenzusehen läßt. Den sentimentalen Poeten Rudolf zeichnete Wilhelm Rentwig mit feinen Strichen. Er war stimmlich sehr gut disponiert und brachte die schmeltenden Stellen dank seines eindringlichen Vortrags zu packender Wirkung. In temperamentvoller Darstellung verkörperte Rudolph Weyrauch den Master Marcel, dem er auch gefanglich eine vortreffliche Note zu geben wußte. Mit der ihm eigenen Hellsichtigkeit Charakterisierungsgabe schuf Dr. Hermann Bucherperennig eine einprägsame Gestalt des Philosophen Collin. Seine hübsche Stimme ließ Fritz Leichinger dem Musiker Schau-

nard; er hatte auch darstellerisch gute Momente, muß aber in seinen Bewegungen noch ruhiger, ausgeglichener werden. Als Hansherr bewährte sich Rudolph Wache, die Rolle des geprellten alten Liebhabers Meindor war bei Alfred Glash in guten Händen. Die Vorstellung wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Vom Bad. Landestheater schreibt man uns:

Durch die am Freitag, den 7. Dezember, im Saale des Künstlerhauses mit dem Schauspiel „Hinkemann“ von Ernst Toller beginnenden „Kammerspiele“ sollen außerhalb des Spielplans des Landestheaters solche Werke zur Aufführung kommen, die nach Stoff und Ausdrucksform als Niederflur der vielfach noch unentschiedenen Kämpfe unserer Tage um neue künstlerische und ethische Inhalte anzusehen sind. Doch wird der Rahmen der hierfür in Betracht kommenden Gegenwartsepochen nicht zu eng gespannt sein — wenn die Durchführbarkeit des Planes nach dem ersten Versuch möglich erscheint — später auch ältere Dramen aufnehmen, deren Gegenwartscharakter dadurch gegeben ist, daß sie Probleme behandeln, die heute noch als solche empfunden werden und ihrer entgültigen Lösung noch harren. Demgemäß wenden sich die „Kammerspiele“ im Künstlerhaus nicht an die breiteren Publikumsschichten und noch weniger an Theaterbesucher, von denen nach Lebensalter, Erziehung u. Einsicht eine völlig unbefangene und überlegene Stellungnahme gegenüber dieser Gattung von Stücken noch nicht erwartet werden kann. Die „Kammerspiele“ legen vielmehr einen Kreis von Theaterfreunden voraus, die durch Reife und Freiheit ihrer Urteils- und Geschmacksbildung die notwendige Gewähr bieten, daß sie in jedem Falle den Ernst und die oft leidenschaftliche Inbrunst von Kunstschöpfungen zu würdigen wissen, die abseits der gebahnten Pfade eigenwillig, wohl auch mitunter allzu bemunungslos auf wenig betretenen Wegen zu ungewohnten Zielen vorzudringen suchen.

Thomas Mann hat ein Filmanuskript „Zerkano und Fioldo“ fertiggestellt.

Kunst und Wissenschaft

In der Gesellschaft für deutsche Bildung sprach Professor Dr. Vernays über „Die soziologischen Grundlagen von Goethes Wahlverwandtschaften und Stiffers „Nachkommer“, ein Thema, das besondere Bedeutung gewann durch die Beziehungen, die der Redner zwischen der Lebenserfassung der in jenen Romanen sich spielenden und unserer heutigen Zeit herstellte. Aus der unruhigen, von Sorgen und Jagen nach Erwerb und Erfolg durchpflanzten Gegenwart führte er uns in einen Kreis von Menschen, deren Lebensrhythmus ruhig und stetig ist, deren Bildung noch in wirtschaftlich, harmonischer Ausbildung aller Fähigkeiten und Kräfte, in der Heranbildung zur „vollen Ganzheit des Menschen“ besteht, die noch Zeit haben! Zeit zur Selbstbestimmung und sinnvollen Gestaltung ihres Lebens, zur Freude am Schönen und zu geruhvoller Arbeit. An den wichtigsten menschlichen und gesellschaftlichen Fragen zeigte Prof. Vernays nun eingehender den Unterschied zwischen damals und heute: die Arbeit, heute im fantsich harten, „preussisch“, „protestantischen“ Sinne erfragt als Arbeit um der Arbeit willen, dient damals höheren Zwecken, ebenfalls der Heranbildung des Menschen zur völligen Ganzheit. Ebenso wird auch das Berufsproblem (in Stiffers „Nachkommer“ besonders liebevoll behandelt) weniger im Sinne einer sachlichen Vorbereitung für den Votterwerb, als vielmehr einer allgemeinen, möglichst vielseitigen Bildung gelöst. Die Kunst, in unserer materialistischen Zeit fast nur noch Luxus oder Geschäft und Massenbetrieb, ist damals auch die hohe Trägerin und Künderin alles Schönen und Guten, der man sich in Ruhe, Demut und Ehrfurcht naht. Die soziale Frage, heute von weitgehender Bedeutung, existierte für jene Menschen noch nicht, dafür ein patriarchalisches Verhältnis zur Dienerschaft, persönliche Fürsorge und großartige Gutsfreundschaft der auf ihren Landgütern sorglos und glücklich Lebenden. Es würde zu weit führen, all den mannigfachen Anregungen nachzugehen, die der Vortragende einfließend, vertiefend und vergleichend gab, die Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft, das

Wesen von Roman und Novelle, die Entwicklung der Musik als Beispiel für das Gesellschaftlichwerden der Kunst überhaupt beleuchtend, Beziehungen der beiden besprochenen Romane zu einander, zum „Wilhelm Meister“ und „Tasso“, zu Freytags „Soll und Haben“ sowie zu neueren Kunstwerken aufzudeckend. So hat Prof. Vernays in engem Rahmen, in gedrängter, übersichtlich klarer Darstellung weit mehr als eine literar-gehistorisch kritische Unternehmung und erntete mit Recht lebhaften und dankbaren Beifall.

Nächste-Vorlesung durch Ulrich von Trendelenburg. Ueber das Lebenswerk des Dichters Friedrich Rücke, der nach kurzer Erkrankung im Uebermaß seiner Schöpferkraft zerbrach, braucht an dieser Stelle nichts gesagt zu werden. Was aber aus dem unergänztlich tiefen Brannen dieses Lebenswerkes Ulrich von der Trend mit sicherer Hand schöpfte und dichterisch nachempfindend und durch Porträtdarstellung seinen Hörern bot, das sei nicht dankbarer Bemerkung vermerkt. Das Leben des großen Dichtersphilosophen, Gossensdichters, seine Jugend, einmaler Lebensmittag und die eindämmende Nacht, erhand aus freudig wählten, charakteristischen Prosaabschnitten (aus „Barokkur“) und im Wechsel damit den in überwältigender Schönheit einer ruhenden Gedichten, von denen besonders „Einmal“, „Aus hohen Bergen“ und „Die Sonne sinkt“ in ihrer von tiefstem Seelenleid durchdrungenen, gedankenschweren Pracht durch die mehrfache, von sprachlich wie föhlich gleich hochkultur geordnete Vortragart zu erschütternder Wirkung gelangten. In den Zeiten der Drangsal, der Mägernot und des gleichzeitigen Hungers nach geistigem Erleben brachte die Anhaltung unseres ausgezeichneten Landesdichters mit freudiger Erfüllung eines offenbar vorhanden Bedürfnisses. Das zeigt sich auch äußerlich dadurch, daß vor dem sich als klein erweisenden, daher überfüllten Raum Prinz Max-Gaules an die hundert Besucher saßen saßen. Ganz abgesehen von der hervorragenden persönlichen Anerkennung des Vortragenden gibt diese Erscheinung der geistigen Teilnahme unserer Stadt einen sehr erfreulichen Ausdruck.

Badische Politik

Wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik angeklagt.

Freiburg i. Br., 3. Dez. Unter Anklage des Vergehens gegen § 14/II des Gesetzes zum Schutz der Republik hatten sich vor der hiesigen Strafkammer insgesamt 13 Personen aus Freiburg, Schönau i. B., Alsbach u. a. zu verantworten. Sie hatten am 14. April ds. J. in St. Georgen eine Versammlung abgehalten, um eine Ortsgruppe der in Baden verbotenen nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu gründen. Die Angeklagten haben sich zu einer zwanglosen Aussprache über nationalsozialistische Probleme, auf Grund von vorliegenden Druckschriften, zusammengefunden, sich aber keineswegs nach außen politisch betätigt zu haben. Das Gericht erkannte nach längerem Nachdenken des Verteidigers, Rechtsanwalt Strauß-Freiburg, auf Freispruch sämtlicher Angeklagten, wobei maßgebend war, daß mit der Verordnung der badischen Regierung die Ortsgruppe der Nationalsozialisten aufgelöst, nicht aber als solche grundsätzlich verboten sind. Die Vorbereitung zur Gründung einer Ortsgruppe hielt das Gericht nicht für strafbar.

Mannheim, 3. Dez. Der Lohnkampf in der Metallindustrie ist dadurch beendet, daß bei der heutigen Urabstimmung über den Vergleichsvorschlag der Arbeitnehmer sich die überwältigende Mehrheit der Arbeiter für die Annahme entschieden hat. Damit ist ein Streit, für den eine Dreiviertelmajorität notwendig wäre, vermieden worden.

Aus Nachbarländern

St. Ingbert, 1. Dez. Der Bergmann J. Vellenthall war in der Nachsicht mit Schießpatronen beschäftigt. Ein zu früh losgegangener Schuß riss dem Bedauernswerten, welcher Familienvater ist, die beiden Hände weg.

Landau, 1. Dez. Der Landwirt Beder aus Mörzhelm lieferte vor einigen Tagen eine größere Menge Kartoffeln an bedürftige Viehbesitzer, deren Namen er sich vorher verschafft hatte, ab. Die Ernte des Beder war größer ausgefallen, als er erwartete. Aus diesem Anlaß wollte er Bedürftigen eine Freude machen und gab noch jedem Empfänger eine Flasche Wein dazu.

Aus dem Stadtkreise

Einmalige badische Staatsbeihilfe für Erwerbslose.

Der Reichsfinanzminister hat bestimmt, daß die Erwerbslosenunterstützungssätze für die Woche vom 26. November bis 1. Dezember nicht erhöht werden. Es ist zu erwarten, daß eine Erhöhung auch für die laufende und künftige Woche nicht bewilligt werden kann mit Rücksicht auf die trostlose finanzielle Lage des Reiches und der Länder. Für den Uebergang hat das badische Arbeitsministerium beschlossen, eine einmalige Beihilfe an die verheirateten und die ihnen gleichgestellten Erwerbslosen in Städten und den ihnen vorgelagerten Orten mit großer Erwerbslosigkeit ausnahmsweise zu bewilligen. Die Ueberweisung der erforderlichen Geldmittel an die öffentlichen Arbeitsnachweise Badens ist bereits angeordnet.

Die wertbeständigen Tarife im Postverkehr.

Seit 1. Dezember lauten die Postwertzeichen auf Beträge der Gold- oder Rentenmarkenführung; sie sind beim Verkauf und Verbrauch je nach dem Währungsstand mit einer Schlüsselzahl zu vervielfältigen. Wenn auch anzunehmen ist, daß mit Einführung dieser Renierung der Schalterverkehr dadurch eine gewisse Entlastung erfährt, daß die Geschäftswelt in weiterem Umfang dazu übergehen wird, größere Wertgegenstände sich zuzulegen und vorrätig zu halten, so wird dadurch die mit der Umrechnung der Werte verbundene Mehrarbeit doch keineswegs aufgewogen. Versichert werden die Betriebschwierigkeiten noch durch die immer mehr fortschreitende Durchsetzung des Zahlungsverkehrs mit wertbeständigen Zahlungsmitteln. Eine Entspannung wird erst mit der fortschreitenden Einziehung der Papiermark eintreten. Die im Fluß befindliche Umstellung der Wirtschaft in währungstechnischer Hinsicht wird für die nächste Zeit an den Postbetrieb, besonders an den Schalterverkehr, besonders erhöhte Anforderungen stellen. Zwar hat die Postverwaltung bereits Anordnungen getroffen, um Störungen möglichst fernzuhalten. Sie kann aber den Verkehr nur dann meistern, wenn auch die Geschäftswelt ihren Teil dazu beiträgt, namentlich indem sie die verkehrsschwachen Stunden zum Einkauf größerer Mengen von Wertzeichen und tünlichst auch zur Auslieferung der Postsendungen benützt. Die Postverwaltung ist bereit, mit den größeren Geschäften besondere Zeiten zu vereinbaren, in denen die Einläufe von Postwertzeichen usw. vorgenommen werden können. Eine solche Regelung dürfte sowohl den Belangen der Post als auch denen der Geschäftswelt entsprechen. Die Handelskammer unterstützt die von der Oberpostdirektion gegebenen Anregungen.

Winternothilfe.

Der Gesangverein „Concordia“ Karlsruhe hat sich dankenswerter Weise bereit erklärt, das von ihm am letzten Samstag mit so großem Erfolg veranstaltete Konzert am Sonntag, den 9. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im großen Festsaal zu Gunsten der Winternothilfe zu wiederholen. Hr. Heie Stecher, Opernsänger am Landestheater und das Streichquartett des Landestheaters haben sich lebenswundervoll ebenfalls in den Dienst der guten Sache gestellt. Der Vorverkauf der Eintrittskarten, für die schon jetzt starke Nachfrage herrscht, ist bereits eröffnet und findet in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße 124, und im Zigarrenhaus Hermann Meyle, Marktplatz, statt.

Herzliche Bitte an die Bevölkerung in Stadt und Land. In einem Aufruf in der heutigen Ausgabe unserer Zeitung richtet die Stadtverwaltung an die Bevölkerung in Stadt und Land die herzliche wie dringende Bitte, nach Kräften dazu beizutragen, die Not der Erwerbslosen, deren Zahl zurzeit über 5000 beträgt, durch Spenden von Geld oder Lebensmitteln zu lindern. (Siehe auch Anz.)

Spende für die Erwerbslosen. Die Firma Carl August Nietz & Co., Karlsruhe, hat für die Erwerbslosen 500 Zentner Braunkohlenspellets gespendet.

Arztbesuche und Krankenkassen. Die zahnärztliche Versorgung der Kasernenangehörigen wird durch den am 1. Dezember eingetretenen Vertragslosen Zustand zwischen Ärzten und Krankenkassen vorläufig nicht betroffen.

Im Telegramm- und Fernsprechverkehr werden die Grundbeträge der Gebühren vom 1. Dezember an um rund 50 Prozent erhöht. Die Erhöhung ist unumgänglich nötig geworden, weil der Telegraphenverwaltung am 15. November alle Kredite des Reiches gesperrt worden sind und sie jetzt lediglich auf ihre eigenen Einnahmen angewiesen ist. Die neuen Telegraphengebühren gehen über die Friedenssätze hinaus; die Telegraphen erforderte vor dem Kriege erhebliche Zuschüsse, die aus den Ueberfällen des Postbetriebs geleistet werden konnten, jetzt aber wegfallen. Die neuen Fernsprechggebühren für den Ortsverkehr sind für mäßig benutzte Anschlüsse immer noch geringer als vor dem Kriege. Sie stellen sich in den großen Ortsnetzen auf drei Viertel der Friedenssätze und in der Mehrzahl der kleineren Ortsnetze noch niedriger. Die Fernsprechggebühren sind allerdings höher als die Friedensgebühren, sie bleiben aber noch hinter den Inlandsätzen mancher anderen Länder zurück. Die wichtigsten Grundbeträge sind u. a. im Telegrammverkehr für Ferntelegramme eine Vorigebühr von 15 Pfg., wobei für ein Telegramm mindestens 8 Wörter berechnet werden. Im Fernsprechverkehr kostet ein Ortsgespräch 15 Pfg. Für Ferngespräche werden je nach der Entfernung zwischen 5 Rm. und 100 Rm. 15 Pfg. bis 1,35 Rm. berechnet, darüber hinaus für jede angefangene 100 Rm. 45 Pfg. mehr. Für dringende Gespräche wird das dreifache, für Abgespräche das hundertfache der Gesprächsgebühr erhoben.

Fracht. Der Reichsverkehrsminister hat zugesagt, daß die Frachttendennehmer jederzeit auf ihr Stundungskonto Barzahlungen leisten können bis zur Höhe der Frachtbeträge, die innerhalb eines Zahlungszeitraumes aufkommen. Einzahlungen in Papiermark werden zum Kurs des Einzahlungstages abgenommen und in Goldmark gutgeschrieben.

Warnung vor Holzankäufen. Man schreibt uns: Schon seit Wochen wird der Wald rechts und links der Alb beim Rheinhafen von Diebstehern geplündert, das Holz dort eingekauft hat, niedergebunden. Das Waldstück rechts der Alb ist beinahe gänzlich verschwunden. Das Holz wird an die Karlsruher Bevölkerung verkauft. Durch die französische Besetzung des Rheinufens ist es

der Polizei zurzeit nicht möglich, der Diebstehende belatummen, es muß aber mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß der Erwerb dieses gestohlenen Holzes strafbar ist. Die Polizei wird die Personen, die solches Holz erwerben und damit das verbrecherische Treiben der Waldfreier unterstützen, feststellen und der Staatsanwaltschaft mitteilen, die angezeigt hat, unnachlässig die Beschuldigten einer empfindlichen Bestrafung zuführen. Es muß daher jedermann nachdrücklich gewarnt werden, von Leuten Holz abzunehmen, gegen die irgendwelcher Verdacht bestehen kann, daß sie es nicht rechtmäßig erworben haben.

Reisende Dollarfälscher. In Verbindung mit der Festnahme einer Falschmünzerbande, die gefälschte Dollarfahrscheinungen über 10 Dollars Nennwert angefertigt und vertrieben hat, wurde von der Kriminalpolizei noch der Koch Wilhelm Saarholz aus Neuenhain verhaftet. Saarholz hatte in der letzten Zeit in Bögisheim bei Mühlheim (Baden) seinen Aufenthalt, wo er vergangenen Freitag auf Veranlassung der Frankfurter Kriminalpolizei festgenommen wurde, aber wieder entlassen werden mußte, da ihm dort nichts nachgewiesen werden konnte. Auf der Rückkehr nach Frankfurt wurde er von dem Falschgeldkommissariat einem eingehenden Verhör unterzogen, das dazu führte, daß er sich in Widersprüche verwickelte, worauf er dann unter dem Druck des vom Kommissariat zusammengetragenen Materials ein umfassendes Geständnis ablegte. S. ist der, der in einem Geschäft in Sachhausen ein gefälschtes Stück der Dollarfahrscheinungen in Zahlung gegeben hat. Er hatte sich auf die Reise nach Süddeutschland begeben, ausschließlich zu dem Zweck, um die Falschmünze abzugeben. So gibt er zu, innerhalb der letzten 14 Tage haben solcher Scheine in Freiburg und Mühlheim untergebracht zu haben.

Festgenommen wurden: Eine Dienstmagd von Ball, die vom Landgericht Berlin wegen Diebstahls gefügt wurde, eine Köchin von Mühlheim wegen Betrugs, ein Schlosser von Meß wegen Fahradiebstahls, der Inhaber eines hiesigen Schuhgeschäfts, dessen Ehefrau, Sohn und Tochter wegen Betrugs und Wuchers, ein Dienstknecht von Trüben, der von der Staatsanwaltschaft Gengenbach wegen Diebstahls gefügt wurde, ein Arbeiter von Meilen, ein Hausbesitzer von Großfließ und ein Tagelöhner von Reinfelden, wegen Diebstahls und Begünstigung, ein Techniker von Selsbühl wegen unerlaubten Waffenbesitzes, ein Schlosser von hier, eine Dienstmagd aus Meß, ein Mechaniker von Vietzheim, sämtliche wegen Diebstahls, ein Schreiner von hier, der in einem Sanatorium bei Schönberg Arbeiter von erheblichem Werte entwendete, die wieder beigebracht wurden, ein Steinbauer aus Durlach, der vom Amtsgericht Bruchsal zur Erückung einer Gefängnisstrafe von 3 Wochen wegen Sachbeschädigung verfolgt wird, ein Tagelöhner aus Aalen, ein Kaufmann von Oerzlingen wegen Betrugs, ein Kaufmann aus Miesbach, dessen Ehefrau und Schwager wegen Urkundenfälschung und Betrugs, ein Techniker von hier wegen betrügerischer Bankrott, ein Zimmermann aus Ingheim, ein Bantechner aus Kandau, ein Kaufmann aus Südensfeld, ein Kellner aus Giesbronn, eine Kellnerin aus Schloßberg sowie ein Kaufmann aus Heidelberg sämtliche wegen Vergehens gegen die Devisenverordnung.

Chronik der Vereine. Der Casino-Club der Mülhler hielt am 24. November im Saal des „Goldenen Hirschen“ in Mühlheim sein 88. Stiftungsfest ab. Der verdiente Chorleiter des Vereins Musiklehrer Mann hatte zu diesem Anlaß mit ausgearbeiteter Musikschmuck ein gediegenes Programm zusammengestellt. Budget und Kimmungsstimm erlangt der Kreuzerchor: Schöners Sonntagsgesang zur Eröffnung des Abends; es folgte sein abendlicher Abschied hat der Tag genommen von Meßler, weiterhin Chöre von Storch, Döndel und Stöcker, die gleichzeitig in musikalischer Reue und guter Deklamation zum Vortrag kamen, wofür Sänger und Dirigent lebhafter Beifall wurde. Frau Stadtvorsteherin Schuls lang als Solistin mit prächtiger Stimme wieder von Schubert und Mendel, Herr Steyerberger, ein junger benannter Geiger, folgte sich kurze dankbare Rede von Mozart, Goffel, Solist, erwidert, die er technisch vorzüglich und mit großer Dinamik von Herrn Mann begleitet, ernteten kanonhaltenden berechneten Beifall. Zwei verdiente Vereinsmitarbeiter, die Herren Keller und Köhl, überreichten annehmlich durch ein Duett. Für anschließende treue Mitarbeit wurden geehrt die Sangesbrüder: Dreher, Deder, Erhard, Günther, Hagmann Jr., Karl Hoffmann, Josten und Rauschholz. Außerdem wurden in Anbetracht großer Verdienste an Ehrenmitgliedern die Herren Karl Eichelhardt und Jakob Eilen ernannt.

Stadtschub-Auszüge. Todesfälle. 1. Des. Anna Rühle, alt 67 Jahre, Witwe des Obermusikmeisters a. D. Albert Rühle; Ruit, alt 1 Monat 24 Tage, Vater Stefan Rühlmeyer, Handelsmann; Josefine Vahr, alt 57

Jahre, Ehefrau des Eisenbahn-Derschnifers Oswald Vahr; Josefa Schrein, alt 68 Jahre, Witwe des Stadtagelöhners Reinhard Schrein; Paulina Schäfer, alt 54 Jahre, Ehefrau des Eisenbahn-Derschnifers Josef Schäfer; Karl Huber, Kellner, Chemann, alt 52 Jahre. — 2. Des. Vulse Traub, alt 66 Jahre, Ehefrau des Steinbauers Alois Traub; Rudolf Hoffmann, Oberk. a. D., ledig, alt 76 Jahre; Frieda, alt 1 Monat 27 Tage, Vater Eugen Köhm, Kaufmann; Aug. Peters, Ledemeister a. D., Chemann, alt 74 Jahre.

Gerichtssaal

Karlsruhe, 3. Dez. Das Buchergewerbe beschäftigte sich mit einer Anklage gegen den Kaufmann E. H. Frank, zuletzt wohnhaft in Söllingen bei Durlach wegen Untreue und unerlaubten Handels. Der Angeklagte war Leiter der Süddeutschen Nagel-, Kleben- und Drahtindustrie in Söllingen und hatte ohne Einziehung des Aufsichtsrates eine Handelsgesellschaft für Industriebedarf gegründet, obgleich er keine Handelsbescheinigung besaß. Der Angeklagte, der im Alter von 62 Jahren steht, hat früher in München und Freiburg Handel mit Motoren, Draht, Nägeln usw. betrieben, obwohl er auch damals keine Handelsbescheinigung besaß. Das Urteil lautete gegen Frank auf drei Monate Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe. Der mitangeklagte Obergeringen Karl Wilhelm Henrichen wurde freigesprochen.

Vor der Strafkammer hatte sich der in Baden-Ahental wohnende Architekt Georg Ritter aus Mannheim wegen mehrfachen vollendeten Betrugs zu verantworten. Der Angeklagte hatte in Mannheim und Ludwigsbafen sich dadurch Mittel zu verschaffen gewußt, daß er an Firmen größere Holzungen zum Verkauf anbot, obwohl er gar nicht in der Lage war, das Holz zu liefern, da er keines besaß. Das Urteil lautete auf acht Monate Gefängnis abzüglich fünf Monate Untersuchungshaft.

Konstanz, 30. Nov. Einen unangenehmen Ausgang nahm für den Landwirt Anton Meile von Wald der von ihm erhobene Einpruch gegen die Strafe des Amtsgerichts Pfullendorf wegen Preistreiberi. Weil er Ferkel, die nur 200 Millionen Mark wert waren, zu 300 Millionen zu verkaufen suchte, hatte ihm das Amtsgericht Pfullendorf 90 Millionen Mark Geldstrafe auferlegt. Sein Einpruch auf gerichtliche Entscheidung beantwortete das Buchergewerbe mit der Verurteilung zu zwei Monaten Gefängnis und 10 Millionen Geldstrafe, außerdem hat er die Kosten zu tragen und das Urteil wird veröffentlicht.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Montag, den 3. Dezember 1923. Im Bereiche eines von der Nordsee vorstößenden Tiefdruckausläufers herrschte gestern in Süddeutschland meist trübes, nebligtes Wetter ohne erhebliche Niederschläge. Die Temperaturen liegen in der Ebene in der Nähe des Gefrierpunktes, im Gebirge herrscht leichter Frost. Trotz der Verstärkung des ozeanischen Hochdruckgebietes ist stärkere Kälte nicht zu erwarten, da vom Ozean eine neue frische Störung herannah, deren wärmere Luftströme gegen das Festland vordringen.

Wetterausichten für Dienstag, 4. Dezember: Meist trüb, mäßige Niederschläge (Ebene Neigen, Hochschwarzwald Schnee), etwas milder, westliche Winde.

Rhein-Wasserkünde morgens 6 Uhr:

3. Dezember	2. Dezember
Schutterinsel 1,86 m	2,05 m
Neckar 3,20 m	3,33 m
Mannheim 5,21 m	4,95 m
„ „ „ „	mittags 12 Uhr 4,35 m
„ „ „ „	abends 6 Uhr 4,21 m
Mannheim 4,65 m	4,90 m

Tagesanzeiger

Dienstag, den 4. Dezember 1923. Bad. Landesbühnen: „Damiel, Prinz von Dänemark“, abends 7 bis nach 11 Uhr. Stadt. Konzertsaal: Bad. Hoftheater: „Africana“, abends 8 Uhr. Besondere Aufführung: Verein: Besetzungsausschuss: Besetzung abends 7 1/2 Uhr im Saal des Arbeiterbildungsvereins, Wilhelmstraße 14; Besetzung: „Africana“, Gärtnerei abends 7 1/2 Uhr im Gasthof zum „Hirschen“, Gärtnerei.

Briefkasten

D. S. A. Dollar am 28. Januar 1922 in Berlin 204,04 Brief, 204,46 Gold.

OSRAM NITRA

OSRAM muß auf der Glasglocke stehen

Sehschärfe und Sehgeschwindigkeit werden erhöht durch ausgiebige Beleuchtung.

Die hohen Goldmarkgrundpreise.

Die Handwerkskammer Karlsruhe schreibt uns:

Mehr und mehr vernehmen wir Stimmen, die sich gegen die hohen Goldmarkpreise wenden. Auch der ehemalige Reichswirtschaftsminister, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat in einem Erlaß vom 12. November 1923 an die Landesregierungen zu dieser Frage Stellung genommen. Ebenso hat der Unterstaatssekretär des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung einstimmig in einer Entschließung für die Abgabe der Preispolitik zu hoch angelegten Goldpreisen Stellung genommen. Schon dieses „Sichdagegennehmen“ ist für viele wie ein Lichtstrahl in unsern dunklen Wirtschaftshorizont. Ja wirklich, es wäre ein Lichtstrahl auf unser zerrüttetes Wirtschaftsleben und nicht zuletzt auf die große Arbeitslosigkeit, die wesentlich von den hohen Preisen, insbesondere den Rohstoffpreisen, bedingt wird, wenn endlich regierungsmäßig mit aller Energie und Entschlossenheit das Uebel der Preispolitik abzuwenden und die Preisbildung kleiner Gewerbetreibender (Handwerker und Einzelhändler) herumpflückt, diesen oft mit einer geradezu rigorosen, vor keiner Entschlossenheit zurückweichenden „Wuchererfolgung“ auftritt, während man den großen zu Sondierungen und Kartellen anlaufengelassenen Erzeugern und Weiterverkäufern jede Freiheit ließ, sondern dadurch, daß an der Urquelle der Produktion und des Handels die Preise auf ihre Mäßigkeit und Angemessenheit geprüft werden. Gewiß ist das schwieriger als die Kalkulation und Buchführung eines kleineren und mittleren Geschäftsmannes zu überlegen und zu kontrollieren. Es gehören dazu Persönlichkeiten, die die nötigen Fachkenntnisse, die Zeitkraft und den Mut zum energischen Einschreiten aufbringen. Bei den in Kartellen anlaufengelassenen Erzeugern darf nicht wie bisher die Preisbildung der ihnen von ihrem Kartell oder Wirtschaftsverband vorgeschriebenen Preise von vornherein der Verdacht eines „übermäßigen“ Gewinnes ausbleiben. Bekanntlich wurde von keinem geringeren als dem Ministerialdirektor Dr. G. Falk während seiner Amtszeit bei der Berliner Wuchererfolgung die Auffassung vertreten, daß die Einhaltung des Kartellpreises rechtlich unter allen Umständen eine Wuchererfolgung ausschließe. Diesem Standpunkt können wir uns auf keinen Fall anschließen.

Wollen wir wieder auf eine gerechte Preisstellung gelangen, die unser armes Deutschland und unsere Wirtschaft ertragen und uns auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig erhalten kann, müssen wir unsere Goldmarkpreise in fast allen Sorten auf der Friedensgrundlage oder vom Jahre 1915 annehmen und hierbei, wenn es auch von anderen Schichten des Volkes verlangt wird, noch einen Prozentsatz als sog. Entschädigungsfaktor abrechnen. Voraussetzung hierfür ist, daß alle Erzeugergeschichten, oben angefangen bei dem ersten Erzeuger, Rohstoff und Halbfabrikatenlieferanten und -händler, herunter bis zum letzten Endglied und Weiterverarbeiter im Produktionsprozess und Warenverkauf, dem Handwerker und Kleinhändler, sich auf diesen Standpunkt einstellen. Dabei können die letzteren in Anwendung gebrachten Untertaxen und sogenannten Risikoprämien nicht ohne weiteres in der bisherigen Höhe beibehalten werden. Durch die Geldentwertung haben sich die Grundbestandteile der Kalkulation, nämlich Material, Lohn und Unkosten dauernd verschoben. Erhaltungssatzungen, die sich aus der Papiermarkberechnung ergeben, treffen nicht voll auf die Goldmarkberechnung zu. Schwankungsmomente kommen allmählich in Wegfall. Selbstverständlich dürfen bei einem Abbau aller Abgaben und Gebühren an Staat und Kommunen, wie Güter- und Personentarife, Gas- und Strompreise ufm. keine Ausnahme machen, da in erster Linie Staat und Kommunen die Pflicht haben, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Kommt nun neben der weiteren Voraussetzung der Goldmarkpreisrückbildung schnellstens noch eine genügende Menge von Rentenmarken

in den Verkehr, so sind damit die Voraussetzungen für eine einfachere und klare Preisberechnung gegeben. Für Begründungen verlangter höherer Preise, besonders für irgendwelche willkürliche und nicht sachliche Wertungsmomente darf kein Raum mehr sein. Es ist für die Kleinrentner und andere Schichten der Bevölkerung einfach nicht erträglich und zerkleinernd, wenn einzelne Gruppen Friedensgewinne, ja vielfach höhere Gewinne aufrechtzuerhalten suchen und es somit ablehnen, teilzunehmen an der allgemeinen Not. Ist es auf diese Weise möglich, die vielfach unbegründet hohe Preisstellung abzubauen und wieder Hoffnungen, besonders Bauhoffnungen, und alle Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erschwinglichen Preisen zu erhalten, so muß andererseits die Möglichkeit werden, allgemein das Mädelwert des Geschäftslebens, nicht zuletzt das der Bauwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Mit der Regierung richten wir daher an alle Erwerbstätigen die ernste Mahnung, diesen Gesichtspunkten sorgfältige Aufmerksamkeit zu schenken. Insbesondere mögen sich die Organisationen und Verbände aller Berufsgruppen mit der nunmehr allgemein gesetzlich zulässigen Goldmarkberechnung auf eine für unsere Wirtschaft erträgliche Preispolitik einstellen.

Preisberechnung des Handwerks auf Goldmarkgrundlage.

An die Behörden über die Preisberechnung auf Goldmarkgrundlage, die Donnerstag und Freitag mit den Vertretern des Einzel- und Großhandels sowie der Industrie im Landespreiskomitee abgehalten worden waren, schloß sich am Samstag eine Aussprache mit den Vertretern des Handwerks, das in seinen wichtigsten Zweigen vertreten war. Der Sitzung wohnten mit den Vertretern des Generalstaatsanwalts und des Landespolizeiamts auch der Direktor des Landesgewerbeamts an. In der sehr eingehenden Beratung wurde vom Handwerk vor allem auf die außerordentliche Steigerung hingewiesen, die die Materialien in fast allen Branchen zu verzeichnen hätten. Dazu komme die Unsicherheit unserer Geldverhältnisse, unter der das Handwerk, das mehr noch wie andere Erwerbstätige mit kleinen Beträgen für den täglichen Bedarf rechnen müsse, doppelt schwer zu leiden habe. Die Not zwingt schon hin und wieder einzelne Handwerker, nur um etwas Geld in die Hand zu bekommen, weit unter einem tragbaren Preis zu arbeiten. In zahlreichen Zweigen des Handwerks sei bereits durch übermäßigen Verbrauch der Substanz eine starke Verminderung zu verzeichnen. Auch im Handwerk erhofft man von einer Stabilisierung der Geldverhältnisse, die erst wieder eine genaue Kalkulation er mögliche, eine Besserung der wirtschaftlichen Lage.

Alle anwesenden Vertreter des Handwerks erklärten sich ebenfalls bereit, unter den gegebenen Voraussetzungen ihrerseits an einer Besserung der Preisverhältnisse mitzuarbeiten, um auf diese Weise eine gesunde wirtschaftliche Basis zu schaffen, auf der auch das Handwerk wieder emporblühen könne.

Die Besprechungen über die Preisberechnungen auf Goldmarkgrundlage, die eine Reihe sehr wichtiger Fragen aufgerollt hat, werden im Landespreiskomitee im Laufe dieser Woche fortgesetzt werden.

Zur Senkung der Preise.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand mit Vertretern des Berggewerbes eine Besprechung wegen Senkung der Fleischpreise statt. Die Beteiligten wurden aufgefordert, die gegenwärtigen Preise unverzüglich herabzusetzen und für die Zukunft auf der Grundlage der tatsächlichen Gewinnaufschlagen und unter Einrechnung eines Gewinnzuschlags, der den im Frieden für die Gewinnsicherheit gebührenden Verdienst keinesfalls überschreiten darf, die Preise in Goldmark neu festzusetzen. Die Vertreter des Berggewerbes sagten zu, daß sie in ihren Kreisen auf die Einhaltung dieser Richtlinien hinwirken werden.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird in ähnlicher Weise auch mit anderen Sorten des Nahrungsmittelgewerbes

und Handels ins Benehmen treten, und eine allgemeine Senkung der hohen Lebensmittelpreise zu erzielen.

Der Generalstaatsanwalt für Baden befaßte sich in folgendem mit dem Thema:

Die in der letzten Zeit beobachtete beunruhigende Steigerung der Grundpreise für Waren und Leistungen wird in der Bauwirtschaft damit begründet, daß die Geldentwertungsverluste bei der Preisbildung berücksichtigt und als Sicherungszuschläge (Risikoprämien) in den Papiermarkpreis eingerechnet werden müßten. Solche Zuschläge sollen nicht beanstandet werden, soweit sie eine entsprechende Verteilung des Risikos bezwecken und nicht, wie es häufig geschieht, eine Abwälzung des ganzen Risikos auf den Verbraucher herbeiführen. Zweifellos verlieren sie aber jede Berechtigung, wenn die Zahlung nicht in Papiermark, sondern in wertbeständigem Zahlungsmittel (Goldanleihe, Rentenmark u. a.) erfolgt, und damit die Gefahr eines Verlustes durch Geldentwertung nicht mehr gegeben ist. In diesem Fall muß auf den durch den Sicherungszuschlag erhöhten Grundpreis ein diesem Zuschlag entsprechender Nachlaß gewährt werden, da sonst ein übermäßiger Gewinn gemacht wird. Das ist eine Selbstverständlichkeit, die auch bei den in den letzten Tagen im Landespreiskomitee abgehaltenen Besprechungen mit den Vertretern des Einzelhandels, der Industrie und des Großhandels grundsätzlich anerkannt worden ist. Man hat jedoch daraus nicht die Folgerung gezogen, daß nunmehr ein sofortiger Abbau der Risikoprämie bei wertbeständiger Zahlung eintritt müsse, sondern eine Preisbindung nur in Aussicht gestellt, sobald eine genügende „Sättigung“ der Bevölkerung mit wertbeständigem Geld und eine Stabilisierung der Währung eingetreten sei, die eine genaue Kalkulation ermöglichte.

Dieser Wechsel auf die Zukunft kann nicht abgelehnt werden. Mit solchen Verteilungen wird dem notleidenden Volke nicht geholfen; es will mit Zug und Recht jetzt schon Taten sehen. Wenn man für eine gewisse Übergangszeit zulassen wollte, daß die erhöhten Grundpreise auch für wertbeständige Zahlungsmittel gelten, dann würden diese neuen Zahlungsmittel von vornherein in ihrer Kaufkraft entwertet und auf die abschließliche Bahn der Papiermark gedrängt werden. Im günstigen Falle würde man an Stelle einer Stabilisierung der Währung zu einer Stabilisierung der unerträglichen Grundpreise kommen. Wer also die Mitarbeit an der Gesundung unseres schwererhöhten wirtschaftlichen Lebens ernst nimmt, darf nicht einen Gewinn beanspruchen, der jeglicher Berechtigung entbehrt. Er darf sich auch nicht darauf berufen, daß eine genaue Kalkulation des Preisnachlasses zurzeit noch nicht möglich sei. Das man es fertig gebracht, die Gefahr der Geldentwertung in die Preise hineinzukalkulieren, so kann es nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, sie im einzelnen Fall auch wieder herauszukalkulieren und in Abzug zu bringen. Das ist bei einigen guten Willen gewiß möglich. Wo dieser gute Wille nicht vorhanden ist oder ein entsprechender Abzug aus Bequemlichkeit unterbleibt, muß die Preisbildung wegen Preiswunders erfolgen. Die Preisstreikerei bei Gegenständen des täglichen Bedarfs ist ein empfindliches Freiheits- und Geldstrafen auch dann bedroht, wenn sie nicht vorsätzlich, sondern fahrlässig begangen wird. Das gilt allgemein — auch für die Landwirtschaft.

Die Staatsanwaltschaft wird übrigens auch dafür Sorge tragen, daß den Bevölkerungsschichten, die noch nicht oder nicht genügend über wertbeständige Zahlungsmittel verfügen können, der Einkauf nicht durch unangemessen hohe Grundpreise unmöglich gemacht wird.

Die Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin hat zur Frage der Rabattgewährung auf wertbeständiges Geld einstimmig nachstehende Entschließung gefaßt: „Der Einzelhandel ist genötigt und berechtigt, bei wertbeständigen Zahlungsmitteln einen Rabatt zu gewähren. Er braucht wertbeständige Zahlungsmittel, da er von seinen Lieferanten fast ausschließlich nur dann Ware erhält, wenn er selbst wertbeständige Zahlung leistet, oder aber ihm sehr hohe Preiszuschläge für Papierzahlungen berechnet werden. Der Wertbeständigkeitsrabatt ist ferner das einzige Mittel, um diejenigen Verbraucher, die Teile ihres Einkommens in wertbeständigen Zahlungsmitteln erhalten, an deren Zurückhaltung zu ver-

hindern und so wertbeständiges Geld reichlich in Umlauf zu bringen.

Es bedeutet jedoch eine Schädigung der breiten Masse derjenigen Konsumenten, die lebhaft auf Papiermark angewiesen sind, wenn diese durch eine überhöhte Rabattgewährung unverhältnismäßig schlechter gestellt werden. Außerdem ist in solchen Fällen die Gefahr zu hoher Goldmarkpreise infolge Ueberbewertung der Papiermarkrisikoprämie nicht von der Hand zu weisen.

Die Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin hält daher bis auf weiteres einen Wertbeständigkeitsrabatt über 15 Prozent nicht für vereinbar mit den Interessen der Verbraucher und daher für unberechtigt. Mit dem weiteren Eindringen der Rentenmark in die Verbraucherfreie ist der Wertbeständigkeitsrabatt zunächst schnell bis zu völliger Beseitigung abzubauen. Wir bitten das Käuferpublikum, der Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin als der sachkundigen Beraterin der Verbraucher bei ihrer Stellungnahme zum Wertbeständigkeitsrabatt Vertrauen zu schenken, um dem Fortschritt eines überhöhten Wertbeständigkeitsrabattes begünstigende Maßnahmen entgegenzubringen.“

Schlüsselzahlen des 4. Dezember.

- Bahrischer Einzelhandel: 1000 (Vorjahr 1000) Milliarden.
- Karlsruher Feuerkasse (mit Vorkasse): 2100 (Vorjahr 2100) Milliarden.
- Bahrischer Einzelhandel: 1000 (Vorjahr 1000) Milliarden.
- Karlsruher Feuerkasse (mit Vorkasse): 2100 (Vorjahr 2100) Milliarden.
- Bahrischer Einzelhandel: 1000 (Vorjahr 1000) Milliarden.
- Karlsruher Feuerkasse (mit Vorkasse): 2100 (Vorjahr 2100) Milliarden.
- Bahrischer Einzelhandel: 1000 (Vorjahr 1000) Milliarden.
- Karlsruher Feuerkasse (mit Vorkasse): 2100 (Vorjahr 2100) Milliarden.

Schlüsselzahl für den Bezugspreis der Karlsruher Zeitungen: 1 Billion.

Geschäftliche Mitteilungen.

Von der Lichtseite des Lebens.

Man spricht nicht umsonst von „strahlendem Glück“, von „heller Freude“, von den „Lichtseiten des Lebens“. Wohlleben und Freude ist nun einmal untrennbar von Licht und Helligkeit, die Arbeitsfreude am Schreibtisch und in der Werkstatt, genau wie die geübene gesellschaftliche Stimmung im Salon, der anregende Austausch des Verkehrslebens usw. Die Taten des Geschäftsmannes müssen ins „rechte Licht“ gerückt werden, im wirtschaftlichen Sinne, damit er guten Erfolg erzielt. Eine wirtschaftliche Freude, welche gut immer, ist rein technisch nur möglich bei hellem Licht, ganz abgesehen von seiner die Stimmung belebenden Wirkung.

Also nicht nur Freude und Wohlleben, auch Erfolg und Leistung sind untrennbar von strahlendem Licht. Die strahlende Lichtseite oder wiederum ist untrennbar von — Optimismus-Demokratie.

Diese wundervolle Erkenntnis unserer Lichtseite stellt tatsächlich eine Lichttafel dar, die mit ihrer glänzenden, gleichmäßigen Ausstrahlung dem Sonnenlichte ganz nahe kommt. Ein reiches, dem Auge angenehmes Licht, bei dem jede Arbeit wie bei Tageslicht verrichtet werden kann; der jede feinste Nuance der Farbe usw. wie das Tageslicht unverfälscht zur Geltung bringt.

Die außerordentliche Helligkeit der Optimismus-Lampe ist eine sehr hohe Temperatur des Lebens voraus, wie man sie einer gewöhnlichen Lampe nicht zumuten kann. Die geistreiche Konstruktion der Optimismus-Lampe — ein aus einem einzigen Strahle gewickelter Draht in einem neutralen Gase glühend — hat diese für unser gesamtes Wirtschafts- und Kulturleben so bedeutende Lösung der Lichtfrage ermöglicht.

Mit dem neuen Roman

Lotte Lobenstreit
von Erich Ebenstein.

mit dessen Veröffentlichung wir heute beginnen, bieten wir unseren Lesern und Leserinnen eine ganz besonders fesselnde Erzählung. Dem temperamentvoll und anschaulich geschriebenen Roman liegt eine eigenartige, ungewöhnlich reizvolle Handlung zugrunde, deren dramatischer Spannung sich niemand entziehen kann.

Lotte Lobenstreit.

Roman von Erich Ebenstein (*).
(Nachdruck verboten)

1. Kapitel.

Wald fuhr der Herbststurm durch das Gezweig der alten schönen Linden, die wie Wächter vor dem Herrenhaus von Wolfshag standen.

Am nachtschwarzen Himmel jagten dunkle Wolken über den Mond, das es manchmal auslachte, als läge draußen über der ganzen Welt ein schwarzes Vordröhnen.

Dann wieder auf Augenblicke ward es fast laßig, wenn die Wolken den Mond freiließen und sein Licht in Strahlen niederloß über Wälder und Berge im Norden von Wolfshag, das Dorf St. Jakob mit dem schlanken spitzen Kirchturm westlich davon, und fern im ebenen Süden

undeutlich verschwommen die Lichter, Dächer und Türme der feinsten Landesbaustadt Graz.

Dr. Klaus v. Biedfeld, Kommissar bei der Bezirkshauptmannschaft und Besitzer von Wolfshag, sah das alles und sah nichts, denn seine Seele war mit anderen Dingen beschäftigt, während er regungslos am Fenster seines Arbeitsstimmers stand und verlor in die Nacht hinaus.

Ungehört verhallte das Rauschen des Sturmes in den Bäumen an seinem Ohr, ungeschrien wilden die gelben Blätter der Linden vor seinen Augen nieder auf den weißen Kiesplatz, wo der Wind sie raschelnd weitertrieb, bis der schale feuchte Wiesengrund sie irgendwo aufnahm und zur Ruhe kommen ließ.

Er dachte nur immer wieder: „Wäre es vorüber... endlich vorüber und beide tot!“

Da wurde hinter ihm hastig, ohne Anklopfen, die Tür aufgeschoben. Eine Dame in mittleren Jahren, das Gesicht bleich und verblüht, trat ein. Einen Augenblick stand sie zögernd, wie nach Atem ringend, da, dann sagte sie kurz und hart: „Herr Biedfeld, es ist vorüber. Jella ist tot.“

Biedfeld gab keine Antwort. Er hatte sich nur langsam umgewandt und sah die Sprecherin mit einem teilnahmsvollen Ausdruck von Erschütterung an.

In ihren Augen blitzte es zornig auf.

„Haben Sie mich nicht verstanden, Herr Biedfeld? Ihre Frau ist tot! Sie verließ Sie eben in meinen Armen!“

Biedfeld nickte kalt.

„Ich habe verstanden. Herr Kommer, mein Sekretär, wird das Weitere anordnen. Wäuschen Sie sonst noch etwas, Frau Lobenstreit?“

„Ja, was! Das Kind lebt. Es ist ein Mädchen. Aber es ist sehr zart und schwach und es ist ja für nichts vorgesehen, da doch alles so unerwartet rasch geschah... Der Arzt sagt, es

müsse sofort für eine Nimmte gesorgt werden. Dann...“

„Das Kind kann nicht auf Wolfshag bleiben“, unterbrach sie Biedfeld, der bei den ersten Worten zusammengekauert war, barisch. „Ich werde dies auf keinen Fall dulden, verstanden? Es acht mich nichts an und ich werde daher nicht die geringste Notiz von seinem Dasein nehmen, weder jetzt, noch später, danach bitte ich Sie sich zu richten.“

Frau Lobenstreit starzte ihn sprachlos an. Dann aber brach sie zornig los: „Nein, das geht zu weit! Das ist wirklich unerträglich! Sie wollen ihr eigenes Kind verweigern und es schuldlos in die Welt hinausschicken? Sind Sie denn ganz und gar ein Unmensch, Herr Biedfeld?“

„Nein. Aber dieses Kind ist nicht mein Kind“, erwiderte er rauh mit gedämpfter Stimme. „Ihre Rechte hat mich betrogen. Ich habe die Beweise ihrer Untreue in Händen...“

„Jella Sie betrogen? Das kann nicht wahr sein! Das ist eine insame Pögel!“

„Ich bitte, sich zu nähigen, Frau Lobenstreit! Ich weiß genau, was ich sage — nur zu Ihnen sage, weil Sie die Tante der Verstorbenen sind und um des Kindes willen klar sehen müssen. Sie werden nun wohl auch begreifen, daß ich dieses fremde Kind durchaus nicht in meiner Nähe dulden kann und durch nichts an sein Dasein erinnern werden will!“

„Aber mein Gott, was soll denn dann mit dem armen Wäuschen geschehen?“ flammte Frau Lobenstreit fassungslos. „Man kann es doch nicht einfach verkommen lassen? Jemandem muß es doch bleiben?“

„Nun Sie damit, was Ihnen recht erscheint. Es gibt ja Findelhäuser und Waisenanstalten. Am wünschenswertesten wäre es mir, wenn Sie mit dem Kind noch heute Nacht abreisten. Man könnte dann der Welt gegenüber sagen, daß es

tot zur Welt kam. Mit den Behörden das Nötige zu ordnen, nehme ich auf mich. Wenn Sie so freundlich wären, auf diesen meinen Wunsch einzugehen, würde ich gern bereit sein, eine Abfindungssumme für die Erziehung des Kindes in Ihre Hände zu legen unter der Bedingung selbstverständlich, daß ich in keiner Weise weiter durch Mittelungen darüber beunruhigt werde. Es ist mir ganz rechtgültig, wo Sie das Kind unterbringen und was weiter aus ihm wird.“

Er trat an seinen Schreibtisch, zog ein Fach auf und schrieb einige Worte auf ein Blankett, das er dem Fach entnommen hatte. Dann legte er das Blatt vor Frau Lobenstreit auf den Tisch.

„Hier ist ein Scheck auf 50 000 Kr. Damit, gnädige Frau, ist meine Menschenpflicht an der Sache erledigt und ich habe Ihnen nur mehr eine glückliche Heimreise zu wünschen.“

Frau Lobenstreit lachte bitter auf.

„Ihre Menschenpflicht!“ Dann richtete er sich herantretend, fuhr sie zornsprühend fort: „Ich brauche Ihr Geld nicht, Herr v. Biedfeld! Wenn ich auch nicht so reich bin, wie Sie, so würde es mir doch zeitweilig auf der Seele brennen wie ein Schandfleck, wenn ich aus Ihren Händen auch nur einen Heller angenommen hätte, nach dem, was ich soeben hören mußte! Das Kind nehme ich mit mir, Sie sollen gewiß wie mehr damit beunruhigt werden. Aber das muß ich Ihnen noch sagen, ehe ich gehe: Wenn es einen Funken Gerechtigkeit in der Welt gibt, so wird das, was Sie heute getan haben, Sie eines Tages bitter reuen! Ein Mann, der sein Kind verweigert und es bei Nacht und Nebel hinausstößt — denn es ist Ihr Kind, daran können mich all Ihre Behauptungen nicht irren machen — der sein Weib tötet und es dann am Totenbett noch beschimpft...“

(Fortsetzung folgt.)

* Verheiratet durch Stuttgarter Romanzentrale G. Adermann, Stuttgart.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Die Goldmark

am 3. Dez. berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarbriefkurs, 1 Dollar = 4.20 Mk. Vorkriegswert,

1 002 500 000 000 Papiermark.

Goldanleihe (1 Dollar) — Milliarden
Keine Umsätze.

Dollarschatzanweisungen — Milliard.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 3. Dez. (Drahtber. unseres Handelskorr.) Die Börse war bei Wochenbeginn ungünstig disponiert. Das Geschäft eröffnete auf den meisten Gebieten in schwacher Haltung, wobei starke Unsicherheit dem Markt anhaftete. Die in Gang befindliche Umstellung der Währung gab wiederum Anlaß, daß die Berufsspekulation starke Zurückhaltung übte und neue Engagements zu vermeiden suchte. Entschiedenem Einfluß übte auch die Meldung aus, daß das neue Reichskabinet und der Reichstag ein neues Ermächtigungsgesetz anzufordern beabsichtigen, um die Währungsreform zu fördern. Diese Maßnahme wird bei einer dauernden Besserung der Mark der bisherigen Inflationskonjunktur einen Stoß versetzen. Die Geldflüssigkeit hielt auch heute an, blieb aber bei der allgemein verbreiteten Geschäftsunlust ohne Einfluß. Die schwache Stimmung erfuhr auch im späteren Verlaufe keine Aenderung. Doch war die Tendenz-Neigung weiter nach unten gerichtet. Eine Ausnahme bildete die bemerkenswerte Festigkeit der heimischen Anleihen. Es stellte sich auf diese Weise eine starke Nachfrage ein in der Hoffnung, daß sie eine Aufwertung bei der Einlösung erfahren.

Am Aktienmarkt waren namentlich Montanwerte bei Eröffnung teilweise stark gedrückt, vor allem Luxemburg und Gelsenkirchen. Auch oberschlesische Werte waren ebenfalls stark nachgebend. Ziemlich widerstandsfähig waren Schuckert und Bergmann, sowie Inag auf die Zulassung der Kurse an der Berliner Börse. Von chemischen Werten blühten die Aktien des Anilinkonzerns 8 Billionen Prozent ein. Autowerte eröffneten uneinheitlich. N.S.U. setzten höher ein, gingen aber später unter ihren letzten Stand zurück. Die übrigen Werte verloren bis 1.2 Billionen. Bei Zerstörungswerten waren gleichfalls Einbußen zu verzeichnen.

Heute gelang die Einführung der hessischen Dollarschatzanweisungen. Der erste Kurs wurde 5 Billionen Mark pro Dollar. Gesucht waren 2000 Dollars, am Markte verfügbar nur 5-6 (am Freitag 10) Billionen Mark pro Einheit. Preussische Kallianleihe ebenfalls ohne Notiz Taxa 7 (minus 3) Billionen Mark pro Einheit; Sächsische Braunkohle Taxa 5 Billionen Mark. Dollarschätze und Goldanleihen wurden gestrichen.

An der Nachbörse wurden noch notiert Phönix 41, Holzverkohlung 12,5, Chemische Mainz 9, Höchster 6,5-17.

Berliner Börse.

Tendenz: lustlos.

Berlin, 3. Dez. (Drahtmeldung unseres Berliner Handelskorr.) Bei Beginn der heutigen Börse stellte sich in großem Umfange Verkaufsbewegung ein, die ihren Schwung namentlich im Auslande hatte. Die Abgaben, die das Kursniveau erheblich herabdrückten, erfolgten fast auf allen Gebieten. Trotz des leichten Geldstandes war das angebotene Material schwer unterzubringen, weil die Berufsspekulation infolge der noch immer unsicheren politischen Verhältnisse Zurückhaltung beobachtete. Günstig aufgenommen wurde der Zahlungsverkehr mit der Rentenmark, der gute Fortschritte zeigte, sodaß im Warenverkehr erhebliche Preisreduktionen festgestellt werden konnten. In Börsenkreisen beurteilt man diese Vorgänge dahin, daß der jetzige Versuch der Währungsreform nicht resultatlos verlaufen wird. Infolge dieser Momente bot die Börse ein wenig einheitliches Bild. Kursrückholungen waren nur in einzelnen Spekulationspapieren zu bemerken. Im Allgemeinen war die Tendenz schwach, das Geschäft schleppend. Die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel blieben im großen und ganzen unverändert.

Unter Abgaben litten besonders Montanwerte, von denen die meisten niedriger eröffneten. Kali, chemische und Elektrizitätswerte waren ebenfalls zumeist niedriger. In Anilinwerten trat das Rheinland als Verkäufer auf.

Am Einheitsmarkt waren die Umsätze gering, die Tendenz schwach.

Der Freiverkehr lag gleichfalls schwächer, andererseits waren Anleihen allerjüngsten Datums zu höheren Kursen verlangt. Rhein-Main-Donau-Anleihe dagegen angeboten, umso mehr, als mit verstärkter Goldanleihezuteilung gerechnet wird. Infolge der Bekanntmachung des Börsenvorstandes, daß die festverzinslichen Werte Donnerstags notiert werden sollen, fiel heute die Notierung aus. Am Mittwoch und so weiter sollen die alten Notierungen wieder stattfinden. Nur hört man, daß vom Januar 1924 ab eine wöchentliche einmalige Notiz der festverzinslichen Werte stattfinden.

Der Schluß der Börse war sehr still bei meist weiter gesunkenen Kursen. Erst nachbörslich sind infolge von Deckungskäufen der Spekulation geringfügige Erhöhungen zu verzeichnen: Gelsenkirchen 63,5-64,5, Phönix 43,5. Höchster Farbe 19,3.

Nachbörse.

Berlin, 3. Dez. (Drahtber.) Die Tendenz blieb bei stillem Geschäft unverändert, wenngleich einige Kurse eine geringe Erhöhung erfuhren. Am Montanaktienmarkt wurde Phönix zu 43-45, Harpener zu 88, Caro zu 25, Rombacher zu 22 und Oberbedarf zu 24 Billionen genannt. Von Bankaktien

waren Deutsche zu 10,25, Darmstädter zu 7, Mitteldutsche zu 2,5 zu hören. Von Schiffahrtswerten waren Hapag zu 45 und Lloyd zu 10,5 zu hören.

Variable Kurse.

Berlin, 3. Dez. (Drahtber.) Aufträge werden um 6000 M. nominal oder dem Vielfachen davon gehandelt. (Alles in Billionen Prozent.) Hapag 50, 48,5, 47,5, 47, Nordl. Lloyd 10,6, 10,75, 10,5, Bayerische Hypothekbank 4,5, 4,25, Commerzbank 5,5, 6, 5, Deutsche Bank 10,75, 10,37, 10,25, 3, 2,8, 2,65, 2,5, Oesterr. Creditbank 0,93, 0,90, 0,937, 0,9, Adlerwerke 3,2, 3, 2,9, A.G. f. Anilin 18, 17,5, 17, Bad. Anilin 26, 27,5, 27, Buderus 29, 28, 25,5, El. Licht 12,75, 12,5, 11,75, Gelsenkirchen 72,75, 71,70, 72, Goldschm. 19,5, 18,5, 18, Hammersee 12,5, 14,5, 15, Harpener 100, 97,5, 92,5, Hösch 55, 34, 35, Kattowitz 59, 55, 50, Köln-Rottw. 11,75, 11, 10,5, 11,75, Ob.-Bedarf 26,5, 25,5, 25, Phönix 46,75, 46,5, 42,5, Rombacher 24,25, 24.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 3. Dez. (Drahtber.) Die Börse war uneinheitlich, das Geschäft ziemlich lebhaft. Es wurden notiert Bad. Anilin 26, Seilindustrie Wolff 3,5, Rhenania 16, Dinger 8, Benz 6, Dampfkessel Rodberg 1,9, Gebr. Fahr 5,5, Waggon Fuhs 2, Karlsruhe Maschinenbau 4, Knorr Heilbronn 8, Braun-Cons. 1,6, Mannheimer Gummi 2 r, Maschinen Luden 1,2, N.S.U. 5,5, Pfalz. Mühlenwerke 4, Pfalz. Nähmaschinen 4,5, Rhein Elektra 3, Union-Werke 10, Freiburger Ziegel 1,5, Wayß & Freytag 3,5, Zellstoff Waldhof 8, Zuckerf. Frankenthal 5 und 5,5, Waghausel 5, Rhein. Creditbank 2,2, Badische Bank 6, Sinner Grünwinkel 5 G. Von Versicherungskassen waren Mannheimer Versicherung 18 G., 20 Br., Hoffmanns-Söhne 0,5 b. u. G., Melland 1,3 b. u. G. (Alles in Billionen Prozent).

Von Mittwoch, den 5. Dezember ab gelangen 50 Millionen-Stammaktien der Rhein. Mühlenwerke und zwar 50 000 Stück zu 1000 M. zum Handel und zur Notierung.

Mannheimer Produktenbörse.

K. Mannheim, 3. Dez. Bei gutem Besuch und bei langsam abrückenden Preisen nahm die heutige Produktenbörse einen ruhigen Verlauf. Man nannte Weizen mit 24,5, Roggen mit 23-23,5, Gerste mit 21-22, Hafer mit 20-21 Goldmark die 100 kg, bahnfreie Mannheim. Auch Futtermittel lagen etwas ruhiger. Die Preise von pfälzischen Händlern sind zumeist in franz. Franken gestellt. So fordert man für Melasse 25 franz. Franken, für Trockenschmelz 30 franz. Franken die 100 kg, ab pfälzischen Stationen, wovon den Trockenschmelz von rheinischen Firmen zu 13-14 Goldmark für die 100 kg, Frachtparität Mannheim, angeboten sind. Weizenkleie wird zu 8 Goldmark die 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen, Haferschalen zu 6 Goldmark und Rapskuchen zu 13 Goldmark die 100 kg, ab süddeutschen Verladestationen offeriert. Mehl, das reichlich angeboten ist, war zu ermäßigten Preisen am Markte. Für Weizenmehl, Spezial 0, forderte man 38,5 und für Roggenmehl 34-35 Goldmark, die 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen.

Amliche Notierungen: Weizen, loco 24,5, Roggen, loco 22,25-22,5, Braugerste, alte 22,5-23,5, Hafer, alter 20,5-22, Wiesenhöf, Rotkleehau, Preßstroh, gebundenes Stroh unverändert, Weizenkleie 7,75-8, Weizenmehl 37,20, Roggenmehl 35 bis 35,25, Rohmelasse 8,5. (Preise in Goldmark für 100 kg). Tendenz stetig.

*

Mannheimer Kolonialwarenborse. Tendenz fest. Kaffee Santos 4,5-4,90, gewaschen 5,50-5,90, Tee, gut 8-9, Tee, mittel 9-10, Tee, fein 10-12, Kakao

Frankfurter Kurse.

Deutsche Staatspapiere

5% I. Rhd. Staatsanl.	80. 11.	8. 12.
5% II. " "	20	15
5% III. " "	25	5,75
Mitteld. Creditbank	3	1,8
Oesterr. Länderbank	—	—
Pfälzische Bank	—	—
Rhein. Creditbank	—	—
Südd. Diskont.-Ges.	3	2,2
Wiener Bankverein	—	—
Württg. Notenbank	0,75	0,575

80. 11.	8. 12.	
5% I. Rhd. Staatsanl.	130	240
5% II. " "	750	1200
5% III. " "	600	1000
5% IV. " "	3500	5250
Deutsche Pfandbriefe	—	—
5% v. Pr. Staatsanl. 1923	600	1300
5% v. Pr. Staatsanl. 1922	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1921	320	950
5% Pr. Staatsanl. 1920	500	2250
5% Pr. Staatsanl. 1919	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1918	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1917	400	1000
5% Pr. Staatsanl. 1916	400	1000
5% Pr. Staatsanl. 1915	1100	1600
5% Pr. Staatsanl. 1914	700	1300
5% Pr. Staatsanl. 1913	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1912	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1911	550	1000
5% Pr. Staatsanl. 1910	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1909	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1908	400	800
5% Pr. Staatsanl. 1907	400	800
5% Pr. Staatsanl. 1906	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1905	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1904	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1903	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1902	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1901	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1900	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1899	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1898	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1897	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1896	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1895	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1894	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1893	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1892	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1891	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1890	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1889	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1888	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1887	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1886	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1885	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1884	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1883	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1882	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1881	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1880	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1879	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1878	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1877	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1876	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1875	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1874	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1873	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1872	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1871	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1870	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1869	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1868	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1867	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1866	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1865	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1864	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1863	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1862	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1861	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1860	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1859	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1858	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1857	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1856	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1855	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1854	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1853	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1852	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1851	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1850	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1849	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1848	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1847	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1846	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1845	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1844	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1843	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1842	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1841	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1840	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1839	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1838	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1837	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1836	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1835	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1834	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1833	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1832	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1831	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1830	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1829	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1828	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1827	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1826	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1825	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1824	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1823	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1822	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1821	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1820	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1819	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1818	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1817	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1816	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1815	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1814	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1813	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1812	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1811	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1810	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1809	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1808	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1807	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1806	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1805	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1804	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1803	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1802	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1801	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1800	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1799	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1798	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1797	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1796	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1795	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1794	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1793	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1792	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1791	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1790	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1789	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1788	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1787	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1786	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1785	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1784	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1783	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1782	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1781	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1780	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1779	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1778	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1777	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1776	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1775	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1774	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1773	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1772	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1771	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1770	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1769	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1768	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1767	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1766	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1765	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1764	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1763	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1762	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1761	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1760	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1759	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1758	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1757	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1756	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1755	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1754	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1753	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1752	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1751	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1750	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1749	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1748	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1747	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1746	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1745	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1744	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1743	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1742	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1741	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1740	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1739	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1738	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1737	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1736	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1735	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1734	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1733	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1732	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1731	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1730	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1729	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1728	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1727	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1726	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1725	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1724	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1723	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1722	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1721	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1720	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1719	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1718	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1717	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1716	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1715	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1714	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1713	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1712	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1711	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1710	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1709	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1708	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1707	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1706	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1705	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1704	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1703	—	—
5% Pr. Staatsanl. 1702		